

28.12.16

Zeitung
der Schweizerischen
Friedensbewegung

Unsere Welt

Unsere Welt
Schweizerische Friedensbewegung
Postfach 2113, 4001 Basel

39. Jahrgang
Nr. 4 – 2016
Solidaritätsbeitrag: Fr. 2.–

Aus dem Inhalt

| | |
|---|---|
| Gegen die nationalistische Internationale | 2 |
| Dr. Daniele Ganser über die Kriege der NATO | 3 |
| Reise-Bericht aus Syrien: Lasst uns in Frieden leben! | 4 |
| Frieden durch Aufbau: Jugendliche machten es vor | 5 |
| Weltjugendfestspiele: Auf nach Sotschi 2017 | 7 |
| Yes You Can: Freiheit für die politischen Gefangenen | 7 |
| Nach dem Wirbelsturm Matthew: Kuba ist nicht Haiti | 8 |



Wahl-Debatte über die US-israelischen Beziehungen...

Ich liebe Israel!

Nein, ich liebe Israel mehr!

Hillary oder Donald? Der brasilianische Karikaturist Carlos Latuff sieht zumindest in Bezug auf Nahost keine Unterschiede. Karikatur: Carlos Latuff/mondoweiss.net

Spielt die US-Finanzindustrie mit Trump ihre letzte Karte? Dieser Betrug ist anders

Der neue US-Präsident Donald Trump wird die Erwartungen seiner Wähler aus der weissen Unterschicht sehr schnell bitter enttäuschen. Wahlbetrug in den USA hat zwar Tradition, aber Trump legte während seiner Wahlkampagne einen Minenteppich, der nach Meinung des deutschen Publizisten Ernst Wolff das Gesicht der USA ab Januar prägen und für immer verändern wird.

Von Ernst Wolff

Donald Trump hat sich im US-Wahlkampf als Vorkämpfer für die Interessen des kleinen Mannes ausgegeben. Er hat versprochen, ins Ausland verlegte Arbeitsplätze zurückzuholen, Millionen gut bezahlte neue Arbeitsplätze zu schaffen und den Lebensstandard sowohl der Mittelschicht als auch der Arbeiterschaft kräftig anzuheben. Er ist als «Feind des korrupten Establishments» aufgetreten und hat angekündigt, «den Sumpf in Washington» trockenzuliegen. Schon in der Wahlnacht dürften seine Anhänger sich verwundert die Augen gerieben haben. Nach monatelangen Forderungen, Hillary Clinton ins Gefängnis zu werfen, zollte er ihr in seiner Siegesrede «den höchsten Respekt» und lobte sie in blumigen Worten.

Es war nicht die erste Überraschung, die Trumps Wähler hinnehmen mussten. Drei Tage zuvor hatte er bereits angedeutet, Steven Mnuchin zu seinem Finanzminister machen zu wollen. Steven Mnuchin ist ein ehemaliger Goldman-Sachs-Banker und ein Intimus eines der berühmtesten Spekulanten der Welt, des Milliardärs George Soros. Soros war in Trump-Wahlvideos als Beispiel für die unersättliche Raffgier der Ultrareichen gezeigt worden.

Inzwischen ist auch bekannt, wer zu Trumps «Übergangsteam» gehört, das gegenwärtig dabei ist, viertausend hochkarätige Jobs in Washington zu besetzen: Es sind u.a. Lobbyisten der Grosskonzerne Koch Industries, Walt Disney, Aetna, Verizon und Goldman Sachs. Sie haben ihr Hauptquartier in einer der grössten Anwalts- und Lobbykanzleien Washingtons aufgeschlagen, mitten im Herzen des angeblich zu bekämpfenden Sumpfs.

Als aussichtsreiche Kandidaten für Ministerämter gelten der ehemalige New Yorker Bürgermeister Rudy Giuliani, der ehemalige Sprecher des Repräsentantenhauses, Newt Gingrich, und der Gouverneur von New Jersey, Chris Christie. Alle drei gehören seit Jahrzehnten zu dem von Trump im Wahlkampf heftig angegriffenen republikanischen Establishment.

Wahlbetrug hat Tradition

Die Wall Street hat sich inzwischen auf ihre Weise bei Trump bedankt: Die Kurse an der New Yorker Aktienbörse erreichten neue Rekordwerte, offensichtlich angetrieben von Trumps Ankündigungen, die Einkommenssteuer für Spitzenverdiener zu senken, die Unternehmenssteuern von 35% auf 15% herabzusetzen, die Rüstungsausgaben zu erhöhen und die Vorschriften für die Finanzindustrie zu lockern.

All das zeigt: Trump hat seine Wähler, fast durchgehend Opfer des anhaltenden wirtschaftlichen Niedergangs der USA, hintergangen. Es war nie sein Ziel, dem kleinen Mann unter die Arme zu greifen und seine Lebensbedingungen zu verbessern. Ganz im Gegenteil: Trump hat die Verzweiflung, die Wut und den Bildungsmangel der einfachen Leute benutzt, um ins Weisse Haus einzuziehen und von dort aus Massnahmen zu ergreifen, die ausschliesslich ihm und seinesgleichen nützen.

Ein solcher Wahlbetrug ist in den USA nichts Neues. Auch Barack Obama hat die US-Bevölkerung hinter Licht geführt: Er hatte vor seiner Wahl versprochen, die Kriege der USA zu beenden, Guantanamo zu schliessen, die Staatsfinanzen zu sanieren und für mehr soziale Gerechtigkeit zu sorgen.

Heute wissen wir: Er ist der erste Präsident der USA, unter dem ununterbrochen Krieg geführt wurde, er hat Guantanamo nicht geschlossen und die USA sind mit \$ 20 Billionen am Ende seiner Amtszeit höher verschuldet denn je. Die Reichsten sind reicher, die Mittelschicht ist ärmer, die soziale Ungleichheit grösser als je zuvor.

Obama steht mit seinen Lügen nicht allein, das Phänomen Wahlbetrug hat in den USA eine lange Tradition: Vor genau einhundert Jahren wurde Woodrow Wilson zum Präsidenten gewählt, weil er seinem Volk versprach, es aus dem Krieg herauszuhalten. Drei Wochen nach seiner Amtsübernahme im

Fortsetzung Seite 2

Drangsalierte Türkische Friedensbewegung Solidarität der SFB mit Barış Derneği

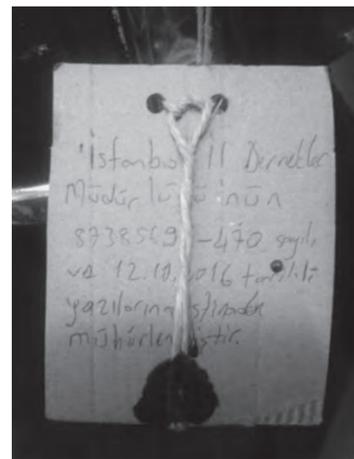
Die Schweizerische Friedensbewegung verurteilt die Schliessung des Büros der Türkischen Friedensgesellschaft in Istanbul.

Am 12. November 2016 erreichte uns die Nachricht, dass das Büro von Barış Derneği, unseren Kolleginnen und Kollegen von der türkischen Friedensgesellschaft, geschlossen wurde.

Die türkische Regierung entschied, Hunderte soziale Organisationen und Bewegungen für voraussichtlich drei Monate andauernde Untersuchungen zu schliessen. Den Organisationen, darunter eben auch Barış Derneği, wird Kontakt zu terroristischen Akteuren vorgeworfen.

Vor anderthalb Jahren waren zwei Mitglieder des Vorstands der Schweizerischen Friedensbewegung bei Barış Derneği in Istanbul zum Regionaltreffen des Weltfriedensrates zu Gast (s.h. UW 2/2015). Die türkische Friedensgesellschaft ist langjähriges Mitglied des Weltfriedensrates sowie dessen Exekutivkomitees und arbeitet sehr engagiert an friedensorientierten Projekten in Europa und dem Nahen Osten mit.

Wir verurteilen die Schliessung des Büros unserer Friedensfreundinnen und -freunde aufs schärfste und äussern unsere Bedenken im Bezug auf



Versiegelte Türen: Die Türkische Friedensgesellschaft wurde von der Polizei ausgesperrt. Foto

die Beweggründe und Ziele dieser autoritären Veranlassung.

Die Schweizerische Friedensbewegung bekundet ihre Solidarität mit den Menschen in der Türkei sowie unseren Freunden von Barış Derneği!

Sekretariat SFB

BASLER FRAUENVEREINIGUNG FÜR FRIEDEN UND FORTSCHRITT

ALBA Arbeitsgruppe Lateinamerika Basel ALBASUIZA

Einladung zur Solidaritätsveranstaltung im Rahmen von «16 Tage gegen Gewalt an Frauen»

am Mittwoch 7. Dezember 2016 im Schmiedenhof, Basel, Eingang Rümelinplatz

19.00 Uhr Vortrag von Susanna Sutter Mitglied von ALBA (Arbeitsgruppe Lateinamerika Basel) mit Film und anschliessender Diskussion

«Das Recht glücklich zu sein!»
Der Kampf der Frauen in Mexiko.

Ein Panorama von der Emanzipation der zapatistischen Frauen von ihren hergebrachten Rollen in Chiapas, den Strategien der Frauen gegen Gewalt an Frauen in Oaxaca, bis zum hartnäckigen und mutigen Kampf der Mütter von verschwundenen und ermordeten jungen Frauen im Norden.

15 bis 18 Uhr Kaffestube mit Kuchen und Suppe
Büchertisch, Informationsmaterial, Öl aus Palästina

Die Kampagne wird vom cfd koordiniert (www.16tage.ch)



Landesweiter Unmut über die Wahl von Trump: Protest in New York. Foto Al-Jazeera.com

Letzte Karte Trump?...

Fortsetzung von Seite 1

März 1917 erklärte er Deutschland den Krieg.

Es ist auch nicht ungewöhnlich, dass die US-Massenmedien sich gegen einen Kandidaten stellen, ihm letztlich aber auf diese Weise zur Macht verhelfen: Als der US-Kongress 1913 über die Gründung der US-Zentralbank Federal Reserve abstimmen sollte, führten die bereits damals von der Finanzindustrie gesteuerten Massenmedien zusammen mit den Banken einen vehementen Feldzug gegen diese neue Einrichtung und behaupteten wider besseres Wissen, sie werde die Rechte und Freiheiten der Finanzindustrie beschneiden.

Die US-Bürger, denen das Geldkartell der Wall Street schon damals ein Dorn im Auge war, fielen auf den Betrug herein und forderten von ihren Kongressabgeordneten ein «Ja», weil sie die Fed für eine Kontrollbehörde zur Eindämmung der Banken-Macht hielten. Auf diese Weise ermöglichte das amerikanische Volk der US-Finanzindustrie, ohne es zu wollen, die Gründung der Fed und schuf damit, ohne es zu ahnen, die Grundlage für den mehr als einhundertjährigen Siegeszug der amerikanischen Finanzindustrie.

Dieser Betrug ist anders

Trumps Wahltäuschung wird dramatischere Folgen haben als die seiner Vorgänger, einschliesslich Barack Obama. Dessen erste Amtszeit begann zwar mit dem Crash von 2008, der das US-Finanzsystem an den Rand des Zusammenbruchs brachte, doch es gelang ihm, seine Haut dadurch zu retten, dass er die Banken für «too big to fail» erklärte und sie durch den Einsatz öffentlicher Gelder am Leben erhielt.

Dieser Betrug an den Steuerzahlern wurde kaschiert, indem die Fed umgehend Unmengen an Geld druckte, mit denen die Löcher im Staatshaushalt gestopft wurden. Inzwischen aber sind acht Jahre vergangen, in denen Billionen von Dollar zu immer niedrigeren Zinsen in die Märkte gepumpt wurden, ohne dass es zu der von der Regierung behaupteten «Erholung» der Realwirtschaft gekommen wäre.

Die Ausgangssituation für Donald Trump ist also grundlegend anders als die aller seiner Vorgänger: Er übernimmt ein Land mit einer am Boden liegenden Realwirtschaft, einem überhitzten Finanzsektor, in dem sich riesige Blasen an den Aktien-, Anleihe- und Immobilienmärkten gebildet haben. Ausserdem findet er eine Zentralbank vor, deren Möglichkeiten bis auf weiteres Geld drucken (das zwingend in eine Hyperinflation führt) und eine weitere Absenkung der Zinsen in den Negativbereich (die das klassische Bankengeschäft der Kreditvergabe endgültig zerstört) erschöpft sind.

Unter diesen Vorzeichen werden Trumps Versprechen, Arbeitsplätze aus dem Ausland zurückzuholen und neue, gut bezahlte Arbeitsplätze im ganzen Land zu schaffen, wie Seifenblasen zerplatzen. Trump hat im Wahlkampf aber nicht nur unhaltbare Versprechen abgegeben, er hat sich auch nach Kräften bemüht, die Wut

seiner Wähler anzufachen. Er hat gegen Ausländer, Immigranten, Behinderte und Homosexuelle gehetzt. Er hat angekündigt, Muslimen die Einreise in die USA zu verweigern, das Land gegenüber Mexiko durch eine Mauer abzuschotten und Schutzzölle gegen die Überflutung des US-Marktes durch ausländische Waren zu erheben. Anders ausgedrückt: Er hat die schlummernden Vorurteile der amerikanischen Unterschicht gegen alles ihr Fremde mobilisiert.

Kein normaler Wahlsieger

Genau damit hat er einen Minentepich gelegt, der das Gesicht der USA ab Januar prägen und für immer verändern wird: Die Erwartungen von Trumps Blue-Collar-Wählern werden nämlich bereits sehr schnell nach seiner Amtseinführung bitter enttäuscht werden.

Die gebrochenen Wahlversprechen werden zu einer herben Ernüchterung führen, die in Wut umschlagen und sich danach mit Sicherheit gewalttätig entladen wird. Dann aber wird sich zeigen, dass Trump kein normaler Wahlsieger war: Er hat die Wahl nämlich nicht nur auf parlamentarischer Ebene gewonnen, sondern als erster Präsidentschaftskandidat in der Geschichte der USA eine ausserparlamentarische Bewegung in Gang gesetzt und diese immer wieder durch das Schüren von Hass aufgeheizt.

Genau hierauf könnte sich Trump dann besinnen und seinen schwindenden Einfluss dazu benutzen, die Wut der Menschen gegen Minderheiten zu richten. Er könnte auf all die Vorurteile, die er im Wahlkampf bedient hat, zurückgreifen und versuchen, die Spekulanten der Finanzindustrie, also die wahren Schuldigen an der Krise, aus der Schusslinie zu nehmen, indem er den Hass der Menschen auf eine oder mehrere Minderheiten, in erster Linie vermutlich Migranten und Muslime, lenkt.

Genau darauf dürfte die eiskalt kalkulierende US-Finanzindustrie angesichts des Niedergangs der US-Wirtschaft und des Dollars zurzeit spekulieren. Im Grunde ist Trump nämlich nicht ihr Gegner, sondern die letzte Karte, auf die sie zur Rettung eines seinem Ende unaufhaltsam entgegenstehenden Finanzsystems setzen kann.

Sollte es Trump nicht gelingen, die Lage als Präsident dauerhaft unter Kontrolle zu bringen (was überaus wahrscheinlich ist), bleibt dem wahren Herrscher der USA, nämlich der allmächtigen Finanzindustrie, nur noch eine Möglichkeit: Das Eingreifen des Militärs und die Errichtung einer Diktatur. In diesem Fall würde Trump eine Rolle zufallen, die ihm endgültig einen Platz in den Geschichtsbüchern sichern dürfte – die des auf lange Sicht letzten durch eine Wahl an die Macht gekommenen US-Präsidenten.

(Ernst Wolff, 1950 geboren, wuchs in Südostasien auf, ging in Deutschland zur Schule und studierte in den USA. Er arbeitete in diversen Berufen, u.a. als Journalist, Dolmetscher und Drehbuchautor. Autor u.a. von Weltmacht IWF – Chronik eines Raubzuges, Tectum Verlag, Marburg 2014. Quelle: antikrieg.com)

Gegen die nationalistische Internationale

Leidenschaft umpolen

Yanis Varoufakis, der ehemalige griechische Finanzminister, plädiert dafür, der wachsenden nationalistischen Internationale eine breite Bewegung für Demokratie entgegenzusetzen, nicht nur in Europa, auch in den USA und im Nahen Osten.

Von Yanis Varoufakis

Der Sieg von Donald Trump markiert das Ende einer Ära, in der ein selbstbewusstes Establishment das Ende der Geschichte, das Ende der Leidenschaft und die Vorherrschaft einer Technokratie predigte, die im Auftrag der 1% arbeitet. Aber die Ära, die er einläutet, ist nicht neu. Es ist eine neue Variante der 1930er Jahre, mit deflationärer Ökonomie, Fremdenfeindlichkeit und Teile-und-Herrsche Politik.

Leidenschaft ist in die Politik zurückgekehrt, aber nicht in einer Weise, die den 80% Zurückgelassenen seit den 1970er Jahren helfen würde. Leidenschaft treibt jetzt Misanthropie voran. Leidenschaft beutet die Wut der 80% aus, um die Macht an der Spitze neu zu ordnen, während sie die 80% dem Untergang geweiht, verraten und geteilt zurücklässt. Und es ist unsere Aufgabe, dies zu stoppen. Es ist unsere Aufgabe, diese Leidenschaft für die Sache des Humanismus zu nutzen. Die Torheit des Establishments verursacht seinen Untergang. Unfähig, sich mit der Wirtschaftskrise zu beschäftigen, die sie schufen, zerquetschten sie den griechischen Frühling, weil sie es konnten. Sie drängten die Mehrheit der britischen Familien in eine von der Austerität bedingte Hoffnungslosigkeit. Sie verpflichteten Millionen von Deutschen zu Mini-Jobs. Sie schworen sich, um Bernie Sanders in Schach zu halten. Und als die Goldenen Morgenröte, Brexit, die Alternative für Deutschland und Donald

Trump das Ergebnis waren, reagierten sie mit einer Mischung aus Herablassung, Leugnung und Panik.

Die Politik erlebt eine Erschütterung, wie sie die Welt seit den dreissigen Jahren nicht mehr gesehen hat. Eine grosse Deflation erfasst gerade beide Seiten des Atlantiks und belebt politische Kräfte wieder, die seit den 1930er-Jahren ruhten. Präsident Trumps Gebrauch von Mussolini-ähnlichen Taktiken und Erzählungen ist nur ein weiteres Zeichen für die Verkündung dieser düsteren Zeit.

*) DiEM25

Die von Janis Varoufakis begründete Bewegung für eine progressive und umfassende Erneuerung Europas DiEM25 wird geführt von einem Koordinationskollektiv, dem neben Varoufakis u.a. Noam Chomsky und Vivienne Westwood angehören. Eigenen Angaben zufolge umfasst die Bewegung bereits 28 000 Mitglieder in 120 verschiedenen Staaten. Im Beratenden Ausschuss sitzen u.a. die Co-Vorsitzende der Deutschen Linken Katja Kipping, der englische Filmemacher Ken Loach, der österreichische Kommunist Walter Baier, der französische Komponist Jean-Michel Jarré, der Schattenfinanzminister der Labour Party John McDonnell und der US-Ökonomie James K. Galbraith.

Wie sollen wir nun reagieren?

Das Gespenst einer nationalistischen Internationale, (von Trump und den Brexitern über die Regierungen Polens und Ungarns bis zur Alternative für Deutschland, Österreichs nächstem Bundespräsidenten und Marine Le Pen), kann nur von der progressiven Internationalen besiegt werden, welche DiEM25*, die Bewegung für Demokratie in Europa, aufbaut.

Natürlich ist Europa nicht ausreichend. Progressive in den Vereinigten Staaten, diejenigen, die Bernie Sanders und Jill Stein unterstützen, müssen sich mit Progressiven in Kanada und Lateinamerika zusammenschliessen, um eine Bewegung für Demokratie in Amerika aufzubauen. Progressive im Nahen Osten, die ihr Blut im Kampf gegen ISIS, gegen Tyrannie und gegen die Marionettenregime des Westens vergiessen, müssen zusammen mit fortschrittlichen Palästinensern und Israelis eine Bewegung für Demokratie im Nahen Osten aufbauen.

Im Jahr 1930 versagten unsere Vorfahren darin, andere Demokraten über politische und geografische Grenzen hinaus zu erreichen, um diese Fäulnis zu stoppen. Wir müssen erfolgreich sein, worin sie gescheitert sind.

Heute, an einem Tag des Triumphs für die Politik der Angst, des Hasses und der Spaltung, versprechen wir, den Kampf gegen die nationalistischen Internationale aufzunehmen, eine wirkungsvolle progressive Internationale zu bilden und die Leidenschaft zurück in den Dienst des Humanismus zu bringen.

Carpe DiEM!

(Quelle: theconversation.com/Deutsche Übersetzung: diem25.org)

Trump ist kein Betriebsunfall

Weichen weit nach rechts

Die Präsidentschaftswahl in den USA wurde vom «grösseren Übel» gewonnen. Der mit einer Milliarde US-Dollar teuerste Wahlkampf aller Zeiten bringt einen Milliardär ans Ruder der westlichen Grossmacht.

Von Edgar Göll

Bei seiner Siegesansprache sagte Donald Trump die bei solchen Anlässen üblichen versöhnlichen Worte – es bleibt abzuwarten, ob das lautbare Miteinander und die angekündigte Fairness in der Innen- und Aussenpolitik unter seiner Führung tatsächlich praktiziert werden. Seine Anhänger riefen auch bei der Siegesfeier beschwörend und enthusiastisch «Amerika! Amerika!» und seine eigene Proklamation des «America first» dürfte aufgrund der Inhalte und der Formen des Wahlkampfes (...) durchaus ernster gemeint sein als bei seinen Vorgängern. Für manche Staaten, internationale Organisationen und progressiven Kräfte klingt es wohl wie eine Drohung.

Jenseits des Amerika der 50 US-Einzelstaaten wurde das Wahlergebnis im weiteren Amerika sehr ambivalent aufgenommen, wie sich exemplarisch im Nachbarland Mexiko zeigte. Während Intellektuelle schockiert sind und schlimme Konsequenzen für ihr Land befürchten (z.B. hinsichtlich Wirtschaftspolitik, Migration), äusserte sich der mexikanische Staatschef Enrique Peña Nieto sehr diplomatisch wohlwollend und bezog sich auf eine «traditionell gute Nachbarschaft».

Der Wahlausgang in den USA hat professionelle Beobachter völlig überrascht, ja geschockt. Was sie offensichtlich unterschätzt haben, war der verbreitete Unmut in grossen

Teilen der Wählerschaft. Dieser hatte sich schon seit Jahren von Wahl zu Wahl gesteigert, zu der Bewegung der rechtskonservativen «Tea-Party» geführt, und nun – nach zwei Amtsperioden eines farbigen Präsidenten – wollten die konservativen Bürger nicht noch mit einer aus dem verhassten Establishment stammenden Frau als Präsidentin konfrontiert werden. Das Wahlergebnis ist der Endpunkt einer langen Phase von Frustration, Ängsten, Gefühlen mangelnder Wertschätzung und Perspektive, Missachtung und Chancen vor allem – aber nicht nur – in Sachen Wirtschaft und Arbeitsmarkt: zu viele Bürger hatten schon lange das Gefühl, das herrschende System habe nicht für die 99 Prozent der Bevölkerung gearbeitet. Dieser verbreitete Ärger produzierte demnach einen «Präsident der Wutbürger». Trump verstand dieses Bedürfnis nach Trost und Stärkung, er verkörpert diese Selbstbezogen- und Selbstgefälligkeit, ja diese Arroganz und Ignoranz, und repräsentiert daher «die USA» bestens, ist demnach kein Betriebsunfall.

Über die Unberechenbarkeit eines US-Präsidenten Trump hinaus sind die weiteren Wahlergebnisse bemerkenswert und folgenreich: beide Kammern des US-Kongresses werden von Republikanern dominiert, die Mehrheit der Gouverneure in den 50 Einzelstaaten sind Republikaner, und in den zahlreichen Ministerien und Behörden wird Trump etwa 2 500 Stellen mit seinen Leuten besetzen.

Dazu kommen noch Botschafter sowie die sehr wichtige Ernennung eines weiteren Mitglieds im Supreme Court, dem höchsten Gericht. Damit werden die politischen Weichen voraussichtlich für Jahre weit nach rechts gestellt werden.

In Bezug auf Lateinamerika wird die zunehmend interventionistische Politik der Obama-Administration sicherlich mit noch mehr Nachdruck praktiziert werden, vor allem gegenüber Venezuela. Und über die Annäherungspolitik gegenüber dem sozialistischen Kuba hatte Trump während des Wahlkampfes schon deutlich geäussert, er werde in den Verhandlungen mit dem Nachbarstaat viel mehr Härte zeigen: «All die Konzessionen, die Barack Obama dem Castro-Regime durch exekutive Anweisungen gewährte, können durch den nächsten Präsidenten umgedreht werden – und das ist genau das, was ich tun werde, wenn das Castro-Regime nicht unsere Forderungen erfüllt.»

Im Wahljahr 2008, als Obama erstmals gewählt wurde, schrieb Fidel Castro: «Das entwickelte kapitalistische System, dessen höchster Repräsentant das Land mit wunderbarer Naturlausstattung ist, wohin der weisse Europäer seine Ideen, seine Träume und seine Ambitionen brachte, steckt heute in einer Krise. Es ist nicht die übliche periodische Krise, auch nicht die traumatische der dreissigen Jahre, sondern die schlimmste Krise seitdem die Welt diesem Wachstums- und Entwicklungsmodell gefolgt ist.» Die Gegenwehr gegen noch mehr Entfremdung und Zerstörung wird sicherlich auch stärker werden.

Quelle: amerika21.de



Dr. Daniele Ganser zu Gast bei der Schweizerischen Friedensbewegung. Foto Wanitsch

Wie die UNO systematisch sabotiert wird

Die Kriege der NATO

Mit der Gründung der UNO kam das weltweite Kriegsverbot. Gerade zwei Ausnahmen gestattet die UNO-Charta: Selbstverteidigung einerseits und andererseits Krieg mit ausdrücklichem Mandat des UNO-Sicherheitsrates. In seinem neusten Buch «Illegale Kriege» (siehe Kasten) untersucht und belegt Dr. Daniele Ganser, wie die NATO seit ihrer Existenz dieses absolute Gebot der UNO unterläuft. An einer stark besuchten Veranstaltung der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB) zum Internationalen Tag des Friedens gab Ganser Einblick in die Ergebnisse seiner Forschung.

Von Martin Schwander

In ihrer Begrüssung erinnerte die Sekretärin der Schweizerischen Friedensbewegung Julia Hoppe an den jahrelangen Kampf der SFB gegen die NATO und erwähnte insbesondere die SFB-Petition zum Austritt der Schweiz aus der sogenannten NATO-Partnerschaft für den Frieden («Partnership for Peace» – PfP). Tatsächlich war die Gründung des Weltfriedensrates 1949 eine direkte Antwort auf die zuvor erfolgte Gründung der NATO und die SFB als Mitglied des Weltfriedensrates wurde während ihrer bald 70jährigen Existenz nie müde, in ihren Aktionen und Publikationen den aggressiven Charakter des Militärbündnisses zu denunzieren.

Die Wahl des Referenten zum Internationalen Tag des Friedens war denn auch folgerichtig: Der Basler Historiker und Friedensforscher Dr. Daniele Ganser hat sich als Gründer und Leiter des «Swiss Institute for Peace and Energy Research» (SIPR) bereits mehrfach sehr eingehend mit der NATO befasst, u.a. mit dem Buch «NATO-Geheimarmeen in Europa» und war in dieser Eigenschaft auch schon mehrere Male bei der SFB zu Gast.

Partnerschaft für den Krieg

In ihrer Petition zum Austritt aus dem NATO-Programm «Partnership for Peace» forderte die SFB 1999 den Bundesrat auf, «statt dessen zu einer aktiven Politik der strikten Neutralität» zurückzukehren. Die Schweiz habe als Kleinstaat auf Dauer nur eine Chance, «wenn überall das Recht gestärkt, und die Gewalt dem Recht untergeordnet wird». Dr. Daniele Ganser bestätigte in seinem Referat diese Einschätzung: «Die Mitgliedschaft der Schweiz in der PfP ist ein direkter Angriff auf die Schweizerische Neu-

tralität». Die PfP sei eigentlich eine Partnerschaft für den Krieg und bedeute nichts anderes als eine schlechende Annäherung an die NATO. Jemand habe ihm einmal gesagt, die PfP sei wie der Kindergarten der NATO: «Da sind Sie zwei Jahre dabei und danach treten Sie über.» In der Tat: Polen, aber auch Ungarn, Kroatien usw. seien alle zunächst in die Partnerschaft für den Frieden eingebunden gewesen und hätten sich einige Jahre später in der NATO wiedergefunden.

Propagandacoup

Scharf kritisierte Ganser die erfolgte Ost-Erweiterung des Militärbündnisses und erinnerte an das Versprechen, das Bundeskanzler Kohl und Bush senior der zerfallenden Sowjetunion beim Abzug ihrer Truppen aus der DDR und bei der friedlichen Einverleibung des Ostens Deutschlands in die BRD und damit in die NATO abgegeben habe: Keine Ausdehnung der NATO. «Dieses Versprechen wurde mit den Beitritten von Polen, Tschechien, Ungarn, Lettland, Estland, Litauen, Rumänien, Kroatien und Albanien gleich mehrfach gebrochen», unterstrich Ganser. «Heute zählt die NATO 28 Staaten und damit einen Staat mehr als die EU.»

Es sei der NATO als grösstes Militärbündnis der Welt gelungen, sich als Verfechter der Menschenrechte und der Demokratie zu verkaufen, als ein Instrument für eine bessere Welt. «Das ist ein grosser Propagandacoup, denn in Wahrheit ist die NATO ein Angriffsbündnis.»

Das zeige sich deutlich an ihrem «Leistungsausweis» seit 1949, an all den Kriegen, die entweder direkt in ihrem Namen oder von einzelnen Mitgliedstaaten seit ihrer Gründung geführt wurden und unzählige Menschenleben gefordert hätten. Ganser ging in seinem Referat detailliert auf

einige dieser Kriege ein, wie er das auch in seinem Buch «Illegale Kriege» tut. Wir beschränken uns hier auf die Wiedergabe einer Chronologie, die Ganser dem erwähnten Buch angefügt hat.

Chronologie der Illegalität

Ganser erinnert zunächst an die 1947 in den USA erfolgte Gründung des einflussreichen National Security Council (NSC) und des Auslandsgeheimdienstes Central Intelligence Agency (CIA). «Beide sind in den folgenden Jahrzehnten intensiv an der Planung und Durchführung von illegalen Kriegen beteiligt, um die Vorherrschaft des US-Imperiums abzusichern und auszubauen», so Ganser.

1949 In den USA wird am 4. April in Washington von zwölf Staaten die North Atlantic Treaty Organisation (NATO) gegründet. Die NATO ist die grösste und am stärksten bewaffnete Militäralianz, die es auf der Welt je gegeben hat. Nach dem Ende des Kalten Krieges wandelt sie sich von einem Verteidigungs- zu einem Angriffsbündnis mit 28 Mitgliedstaaten.

1953 Im Iran wird am 19. August der demokratisch gewählte Premierminister Mohammad Mossadegh in einem illegalen Krieg vom britischen Geheimdienst MI6 und dem amerikanischen Geheimdienst CIA gestürzt, um das iranische Erdöl unter britische und amerikanische Kontrolle zu bringen. Der UNO-Sicherheitsrat schützt Iran nicht.

1954 In Guatemala wird am 27. Juni der demokratisch gewählte Präsident Jacobo Arbenz in einem illegalen Krieg vom amerikanischen Geheimdienst CIA gestürzt. Die Landreform von Arbenz wird rückgängig gemacht. Der UNO-Sicherheitsrat schützt Guatemala nicht.

1956 Ab dem 29. Oktober greifen Israel, Frankreich und Grossbritannien den ägyptischen Präsidenten Gamal Abdel Nasser an, um ihn zu stürzen und den Suezkanal zu kontrollieren. Der Regime Change scheitert. Der UNO-Sicherheitsrat wird durch das Veto der europäischen NATO-Staaten blockiert.

1961 In Kuba versuchen die USA mit der illegalen Invasion in der Schweinebucht am 1. April Präsident Fidel Castro zu stürzen. Der UNO-Sicherheitsrat wird durch Lügen blockiert und schützt Kuba nicht, doch der Regime Change scheitert. Ein Jahr später stationiert die Sowjetunion Atomraketen auf Kuba. Daraufhin errichten die USA eine Seeblockade. Die Welt steht am Abgrund eines Atomkrieges.



5 Franken Friedensspende!

Das Buch «Illegale Kriege» von Daniele Ganser, Orell Füssli Verlag, Zürich 2016 kann bei der Buchhandlung Waser, Rümelinplatz 17, 4001 Basel, Tel. 061 261 02 89, buecher-waser@bluewin.ch bezogen werden. Vom offiziellen Verkaufspreis von Fr. 34.90 spendet die Buchhandlung Waser für jedes gekaufte Buch der Schweizerischen Friedensbewegung fünf Franken! Herzlichen Dank!

1964 In den USA erklärt Präsident Lyndon Johnson am 4. August, die USA seien im Golf von Tonkin von Nordvietnam angegriffen worden, was sich später als eine Lüge heraussteilt. Die USA bombardieren Vietnam ohne UNO-Mandat in einem illegalen Angriffskrieg. Der Krieg tötet drei Millionen Vietnamesen und 8000 amerikanische Soldaten. Der UNO-Sicherheitsrat schützt Vietnam nicht.

1986 In den Niederlanden verurteilt der Internationale Gerichtshof der UNO in Den Haag am 27. Juni den geheimen illegalen amerikanischen Contra-Krieg gegen Nicaragua, doch das US-Imperium ignoriert das Urteil.

1986 Libyen wird am 14. April von den USA in einem illegalen Angriffskrieg ohne UNO-Mandat bombardiert. Der Angriff wird vom UNO-Sicherheitsrat verurteilt. Die Resolution ist aber nicht gültig, weil die NATO-Länder Frankreich, Grossbritannien und die USA mit ständigem Sitz im Sicherheitsrat ihr Veto einlegen. Der UNO-Sicherheitsrat schützt Libyen nicht.

1989 Der amerikanische Präsident George Bush senior greift am 20. Dezember in einem illegalen Angriffskrieg Panama an und stürzt Machthaber Manuel Noriega. Der UNO-Sicherheitsrat verurteilt den Angriff, doch die drei NATO-Länder Frankreich, Grossbritannien und die USA legen ihr Veto ein, die Resolution ist damit nicht gültig. Der UNO-Sicherheitsrat schützt Panama nicht.

1990 Iraks Diktator Saddam Hussein greift am 2. August in einem illegalen Angriffskrieg ohne UNO-Mandat das Nachbarland Kuwait an. Der UNO-Sicherheitsrat verurteilt den Angriff umgehend einstimmig. Eine internationale Streikkraft unter Führung der USA vertreibt die Iraker aus Kuwait und verhängt über Irak ein Wirtschaftsembargo. Der UNO-Sicherheitsrat hat Kuwait erfolgreich geschützt.

1991 Kroatien und Slowenien erklären sich am 25. Juni für unabhängig. Jugoslawien zerfällt und wird von der NATO bombardiert. Während des Bosnienkriegs wird die UNO-Schutzzone Srebrenica überrannt, die UNO wird als machtlos wahrgenommen. Der Krieg endet mit dem Abkommen von Dayton am 21. November 1995.

1998 In Italien wird in Rom am 17. Juli von 150 Staaten der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) geschaffen, der die schweren Verbrechen Aggression, Kriegsverbrechen, Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit untersucht und die Täter bestraft.

1999 Serbien wird am 24. März von der NATO bombardiert, die Provinz Kosovo wird von Serbien abgespalten. Am illegalen Angriff ohne UNO-Mandat unter Führung der USA beteiligen sich verschiedene NATO-Staaten, darunter auch Deutschland, das damit erstmals seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges wieder an einem Angriffskrieg teilnimmt. Der UNO-Sicherheitsrat schützt Serbien nicht. Die NATO wandelt sich vom lokalen Verteidigungs- zum globalen Angriffsbündnis.

2001 Obschon die undurchsichtigen Terroranschläge vom 11. September und der Einsturz von WTC7 nicht geklärt sind, ruft das US-Imperium den sogenannten «Krieg gegen den Terror» aus und greift am 7. Oktober ohne UNO-Mandat Afghanistan an. Am illegalen Angriffskrieg beteiligen sich später auch andere NATO-Staaten, darunter Grossbritannien, Frankreich und Deutschland. Der UNO-Sicherheitsrat schützt Afghanistan nicht.

2003 Irak wird am 19. März ohne Mandat des UNO-Sicherheitsrates in einem illegalen Krieg von den beiden NATO-Staaten USA und Grossbritannien angegriffen. US-Präsident Geor-

ge Bush junior und der britische Premier Tony Blair begründen den Krieg mit dem Kampf gegen ABC-Waffen, was sich später als Lüge herausstellt. Der irakische Diktator Saddam Hussein wird erhängt. Ein Teil der irakischen Armee schliesst sich später der sunnitischen Terrormiliz Islamischer Staat (IS) an und errichtet in Teilen von Syrien und Irak ein Kalifat. Der UNO-Sicherheitsrat schützt Irak nicht.

2011 Libyen wird am 19. März durch die NATO, angeführt durch die USA, Frankreich und Grossbritannien, bombardiert. Der libysche Präsident Muammar Gaddafi wird im Laufe des Krieges getötet. Die NATO beruft sich auf die Resolution 1973 des UNO-Sicherheitsrates, doch diese erlaubt nur die Errichtung einer Flugverbotszone und keinen Regime Change, daher ist der Angriffskrieg illegal.

2011 In Syrien versuchen die Golfmonarchien Katar und Saudi-Arabien in Zusammenarbeit mit den NATO-Staaten USA, Grossbritannien und Frankreich den syrischen Präsidenten Baschar al-Assad zu stürzen. Der illegale Angriffskrieg beginnt mit dem Schüren von Unruhen am 11. März in der Stadt Dara. Die Angreifer unterstützen die Dschihadisten und bombardieren später Syrien unter dem Vorwand der Terrorbekämpfung. Die hinterhältige verdeckte Kriegsführung stürzt Syrien ins Chaos. Der UNO-Sicherheitsrat schützt Syrien nicht.

2014 In der Ukraine wird am 20. Februar von den USA mit dem Mittel der verdeckten Kriegsführung Präsident Viktor Janukowitsch in einem illegalen Putsch gestürzt. Russland besetzt danach ohne UNO-Mandat und daher illegal mit Soldaten die Halbinsel Krim. Am 16. März stimmt die Mehrheit der Bevölkerung der Krim für den Austritt aus der Ukraine und den Anschluss an Russland, der umgehend vollzogen wird. Im Osten der Ukraine bricht ein Bürgerkrieg aus. Der UNO-Sicherheitsrat schützt die Ukraine nicht.

2015 Jemen wird am 25. März von Saudi-Arabien ohne UNO-Mandat angegriffen, unterstützt durch die NATO-Länder USA, Frankreich und Grossbritannien. Der UNO-Sicherheitsrat schützt Jemen nicht.

2015 In Deutschland stimmt der Bundestag am 4. Dezember der Beteiligung am Syrienkrieg zu und begründet dies mit dem Argument «Terrorbekämpfung». Bundeskanzlerin Angela Merkel fordert den Sturz von Assad. Die USA, Grossbritannien und Frankreich bombardieren Syrien ohne Mandat des UNO Sicherheitsrates in einem weiteren illegalen Angriffskrieg der NATO.

Sei du selber der Wandel

«Die NATO hat sich von einer defensiven zu einer aggressiven Kriegsallianz gewandelt», folgert Daniele Ganser. «Die Zeit ist gekommen, um sowohl die NATO als auch das US-Imperium in ihre Schranken zu weisen.» Dazu müsse der global verbindende Impuls «Wir, die Völker der Vereinten Nationen» wiederbelebt werden. «Wir brauchen mehr Kooperation, nicht mehr Spaltung», meint Ganser und begrüssigt die Zusammenarbeit der europäischen Friedensbewegungen mit jener der USA. Ganser wünscht den Menschen zudem mehr Medienkompetenz, um die Kriegslügen zu durchschauen. Und mehr Taten, um die Vision einer «nachhaltigeren, gerechten Welt mit mehr erneuerbaren Energien, ehrlichen Medien und weniger Gewalt» umzusetzen. Ganser zitiert Ghandi: «Sei du selbst der Wandel, den du in der Welt sehen willst.»

Reise durch Syrien, von Damaskus nach Aleppo

Lasst uns in Frieden leben

Eine Gruppe von drei Schweizerinnen und Schweizern hatte vom 3. – 14. Oktober 2016 die Gelegenheit, zahlreiche Orte in Syrien zu besuchen. Wir drucken ihren Reisebericht ab, der uns ein Bild des Landes liefert, das so gar nicht jenem entspricht, welches wir von unsern Massenmedien täglich vorgesetzt erhalten.

«Syrien ist ein guter Ort, sogar jetzt, trotz dem Krieg»: Zitat der Äbtissin des Klosters Mar Yakub in Syrien, am Telefon, kurz vor unserer Abreise.

Wie es dazu kam: Im September 2015 beteiligten wir uns an einer Hilfsaktion für notleidende Menschen in Syrien. Die Hilfsgüter (6 Container) wurden nach Latakia verschifft, dort von Nonnen des Klosters Mar Yakub (<http://www.maryakub.net>) ausgelöst und an Bedürftige, unabhängig ihrer Religionszugehörigkeit oder Ethnie, verteilt. In der Folge luden uns diese Nonnen ein, das Kloster und ihre Projekte in Syrien zu besuchen. Wir – das sind Eva Heizmann, Henriette Koller, die deutsch/arabischsprachig ist, und Markus Heizmann.

Wir haben 12 höchst eindrückliche Tage an verschiedenen Orten in Syrien verbracht.

Zwei der zahlreichen Projekte die uns gezeigt wurden, seien hier kurz geschildert:

Lebensmittelverteilung

In der Region von Aleppo begleiteten wir die Nonnen bei einer Lebensmittelverteilung. In drei Dörfern südöst-



Lebensmittelverteilung durch Nonnen des Klosters Mar Yakub. Foto zvg.

lich von Aleppo verteilen die Nonnen regelmässig Pakete mit verschiedenen Lebensmitteln. Unter dem Schutz der syrischen Armee fuhr der Lastwagen mit den Hilfsgütern in die abgelegenen Dörfer. Wir haben die Nonnen bei der Registrierung der Empfänger der Hilfslieferungen assistiert. Da waren Menschen jeden Alters, Frauen, Männer und Kinder, deren Gesichter vom Krieg gezeichnet sind. Die einzigen, die sich in dieses gefährliche Gebiet wagen um zu helfen, sind diese Nonnen.

In Gesprächen mit Einwohnern und Angehörigen der Armee erfuhren wir, dass die Dörfer während 2 Jahren von den Terroristen des IS, der Nusra Front, FSA und anderen Bewaffneten eingeschlossen waren. Die Syrische Armee warf unter grosser Gefahr Lebensmittel ab. Nach zwei Jahren konnte sie die Dörfer befreien. In diesen Dörfern herrscht grosser Mangel. Auch das vom Westen verhängte Embargo, das auch die Schweiz mitvollzieht, ist verantwortlich für die prekäre Lage der Menschen hier und in ganz Syrien.

Die Berichte der westlichen Medien, dass die Armee «gegen ihr eigenes Volk kämpfe» konnten wir nirgends bestätigt finden. Im Gegenteil erlebten wir, wie die Syrische Armee die Hilfsaktionen schützt und unterstützt.

Volksküche

Ein weiteres Projekt der Nonnen ist eine sehr effiziente Volksküche im Dorf al Waha, ca. 20 Kilometer südöstlich von Aleppo. Hier werden täglich warme und gesunde Mahlzeiten für ca. 5000 Familien zubereitet. 40 Frauen aus dem Ort arbeiten in der Küche, ebenso viele Männer und Jugendliche sind für die Verteilung der Mahlzeiten in die umliegenden Dörfer zuständig. Wir bewundern, wie gut organisiert alles abläuft. Alle arbeiten gemeinsam, Hand in Hand zusammen, Sunniten, Schiiten, Christen, Alewiten. Auch dieses Küchenprojekt wird vom Syrischen Militär beschützt.

Wir wurden überall willkommen geheissen, wir konnten reden mit wem wir wollten, es gab seitens der Behörden keinerlei Auflagen. Wir sprachen mit vielen Menschen auf der Strasse und im Kaffeehaus. Wir hatten Gelegenheit, mit einfachen Menschen, Akademikern, Schul- und Spitaldirektoren, Bürgermeistern, einem Gouverneur, Parlamentariern des Nationalen Parlaments, Offizieren und Soldaten, Kriegsversehrten,

rien. Kein einziger Mensch mit dem wir gesprochen haben, spricht von einem «Bürgerkrieg». Offenbar existiert dieser «syrische Bürgerkrieg» nur in den westlichen Medien. Jedoch erklären uns verschiedenste Menschen, dass aus den Nachbarländern, vor allem aber über die Grenze der Türkei, Terroristen einfallen, deren einziges Ziel Zerstörung ist. Ein Offizier in der Militärstation Banyas erklärte uns, dass die Führung der Terroristen in der Türkei und in Europa sitzt. Die Terroristen kommen aus fast hundert Ländern.

Auf unsere immer wieder gestellte Frage, was wir im Westen für die Menschen in Syrien tun können, brauchten alle ihre eigenen Worte, sinngemäss jedoch bekamen wir immer dieselbe klare Antwort: «Wir lieben die Menschen aus dem Westen, aber nicht ihre Politik. Wir wollen von Europa eine Politik des Friedens. Was hat euch Syrien getan? Wir wollen die anstehenden Probleme in unserem Land selber lösen. Warum kämpft ihr gegen uns? Lasst uns in Frieden leben!»

Und an uns, als in diesen Zeiten seltene BesucherInnen aus dem Westen: «Berichtet das, was ihr hier in Syrien gesehen und gehört habt, berichtet nur die Wahrheit!»

Unser Fazit ist folgendes:

Die beste Hilfe, die wir den Menschen in Syrien geben können ist, jegliche Einmischung von aussen und alle Waffenlieferungen an die bewaffneten Banden sofort einzustellen. Wir können Syrien helfen, indem wir die Regierungen des Westens dazu bringen, die wirtschaftlichen und diplomatischen Beziehungen mit Syrien wieder zu etablieren und diese völkerrechtswidrigen Angriffe der USA, Israels und der NATO sofort zu beenden.

Wir haben das Syrische Volk als ein Volk voller Widerstandswillen und Kreativität kennengelernt. Wir im Westen können in vielerlei Beziehung von Syrien lernen.

Reise-Details

Einige Details zur Reise: Aus der Schweiz via Frankfurt nach Beirut. Die Stationen ab Beirut: Tartous, Banyas, Qara (zwischen Homs und Damaskus gelegen), einige Dörfer ca. 20 km südöstlich von Aleppo, Aleppo-Stadt, Damaskus, Beirut. Kommunikation: Englisch, Französisch, Deutsch/Arabisch mit Übersetzung. Kosten: Wurden von allen Mitgliedern selbst übernommen, keinerlei Spenden, Lobbying oder Sponsoring.

Gerne stellen wir uns für Fragen, Diskussionen oder Veranstaltungen zur Verfügung.

Kontakt: buendnis.gegenkrieg@gmx.net



In der Volksküche von al Waha. Foto zvg.

**Schweizerische Friedensbewegung unterstützt****«Hands Off Syria»**

Mitte Oktober ist die SFB der internationalen Koalition «U.S. Hands Off Syria» («Hände weg von Syrien») beigetreten. Ziel der Koalition ist es, eine breite, globale Front für Frieden und Gerechtigkeit in Syrien zu schaffen, die von zahlreichen Friedensaktivisten und -organisationen getragen wird, um für ein Ende der Gewalt, Interventionen und Sanktionen in Syrien zu kämpfen.

Bis zur Stunde (Stand 12. November 2016) haben sich der Koalition 246 Organisationen/Vereine sowie über 1000 Privatpersonen angeschlossen, um gemeinsam darauf hinzuwirken, die auf Regimewechsel ausgerichtete Intervention durch die USA, die NATO und ihre regionalen Verbündeten und die Tötung unschuldiger Menschen in Syrien zu beenden.

In der gemeinsamen Erklärung der Organisationen und Privatpersonen heisst es:

«Wir erheben unsere Stimmen gegen die Gewalt des Krieges und den enormen Druck von Kriegspropaganda, Lügen und einer politischen Agenda, die verwendet werden, um diesen Krieg und jeden der vergangenen Kriege der USA zu rechtfertigen.

1. Die Fortsetzung des Krieges in Syrien ist das Ergebnis einer von den USA, der NATO, ihren regionalen Verbündeten und reaktionären Kräften durchgeführten Intervention seitens der USA, deren Ziel der Regimewechsel in Syrien ist.

2. Diese Politik des Regimewechsels in Syrien ist illegal und geschieht in klarer Verletzung der Charta der Vereinten Nationen, des Buchstabens und des Geistes des Völkerrechts und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte.

3. Diese Politik des erzwungenen Regimewechsels bedroht die Sicherheit der Region und der Welt und erhöht die Gefahr einer direkten Konfrontation zwischen den Vereinigten Staaten und Russland mit dem Potenzial einer nuklearen Katastrophe für die ganze Welt.

4. Der Krieg, die US-Sanktionen und die EU-Sanktionen haben jeden Sektor der syrischen Wirtschaft destabilisiert und haben ein einst autarkes Land in eine hilfsabhängige Nation verwandelt. Die Hälfte der syrischen Bevölkerung ist jetzt vertrieben. Ein UN-Bericht der ESCWA weist darauf hin, dass diese Sanktionen gegen Syrien die Hilfeleistung während einer der grössten humanitären Notsituationen seit dem Zweiten Weltkrieg lähmen. Ein Drittel der syrischen Flüchtlinge in Jordanien, dem Libanon und in der Türkei wurden von US-Kürzungen an UNICEF hart getroffen. Dies zwingt verzweifelte Flüchtlinge dazu, sich auf dem Weg nach Europa zu machen.

5. Keine ausländische Organisation, sei es eine ausländische Regierung oder eine bewaffnete Gruppe, hat das Recht, die Grundrechte des syrischen Volkes nach Unabhängigkeit, nationaler Souveränität und Selbstbestimmung zu verletzen. Dazu gehört das Recht der syrischen Regierung, militärische Unterstützung aus anderen Ländern anzufordern und zu akzeptieren, wie dies auch von der US-Regierung zugegeben worden ist.

6. Nur die Syrer haben das unveräusserliche Recht, ihre politischen Vertreter zu wählen und den Charakter ihrer Regierung zu bestimmen, und zwar frei von ausländischen Interventionen. Dieses Recht kann unter den Bedingungen der U.S.-orchestrierten ausländischen Intervention gegen das

syrische Volk nicht selbstbestimmt ausgeübt werden.

7. Unsere Opposition gilt dem erzwungenen Regimewechsel in Syrien durch von den USA unterstützte ausländische Mächte und ihre Söldner. Es ist nicht unsere Aufgabe, Präsident Assad oder die syrische Regierung zu unterstützen oder sich ihr zu widersetzen. Nur das syrische Volk hat das Recht über die Legitimität seiner Regierung zu entscheiden.

8. Die dringendste Frage ist derzeit der Frieden und die Beendigung der Gewalt durch ausländische Interventionen, die zum Tod von Hunderttausenden und der Vertreibung von Millionen von Syrern geführt hat und sowohl im Land selbst als auch als Flüchtlingskrise im Ausland.

Als Unterzeichner stellen wir gemeinsam mit «U.S. Hands Off Syria» folgende Forderungen und verpflichten uns, gemeinsam daran mitzuwirken:

1. Ein sofortiges Ende der U.S.-Politik des erzwungenen Regimewechsels in Syrien und die volle Anerkennung und Einhaltung der Grundsätze des Völkerrechts und der U.N.-Charta durch die USA, die NATO und ihre Verbündeten, einschliesslich der Achtung für die Unabhängigkeit und die territoriale Integrität Syriens.

2. Ein sofortiges Ende aller ausländischen Aggressionen gegen Syrien und ernsthafte Bemühungen um eine politische Lösung des Krieges.

3. Ein sofortiges Ende aller militärischen, finanziellen, logistischen und nachrichtendienstlichen Unterstützung durch die USA, die NATO und ihre regionalen Verbündeten für die ausländischen Söldner und Extremisten im Nahen Osten.

4. Ein sofortiges Ende der Wirtschaftssanktionen gegen Syrien. Massive internationale Hilfe für Vertriebene in Syrien und syrische Flüchtlinge im Ausland.

Nur in einem friedlichen und unabhängigen Syrien, das frei von ausländischer Aggressionen ist, können die Syrer ihre Souveränitätsrechte frei ausüben, ihren freien Willen ausdrücken und freie Entscheidungen über ihre Regierung und die Führung ihres Landes treffen.

Wir fordern alle Unterstützer des Friedens und des Rechts auf Selbstbestimmung der Völker auf der ganzen Welt auf, sich uns in Zusammenarbeit anzuschliessen, um diese humanitären Forderungen zu erfüllen.

Wir benötigen Arbeitsplätze, Gesundheitswesen, Bildung und ein Ende der rassistischen Gewalt der Polizei in den USA, und keine US-Kriege im Ausland!»

Helfen Sie mit!

Auch Sie, liebe Leserin, lieber Leser, können mithelfen und aktiv werden:

Unter folgendem Link finden Sie im Internet weitere Informationen, u.a. die aktualisierte Liste von Organisationen und Einzelpersonen und können die Erklärung selbst auch unterzeichnen:

<http://handsoffsyriacoalition.net>



Mitglieder von «Frieden durch Aufbau» 1947 in Prag. Einige davon fanden sich später in der Schweizerischen Friedensbewegung wieder, etwa Heidi Pfister, Züsi Hofer und Louise Stebler (erste Reihe stehend, 3., 4. und 8. von links), Eug Pfister (erste Reihe rechts aussen hinter den beiden Frauen) und Joe Stebler (oberste Reihe, 5. von links). Foto Privatarhiv

Friedensarbeit nach dem Zweiten Weltkrieg

Jugendliche machten es vor

Vor 70 Jahren wurde in Zürich die Aktion «Frieden durch Aufbau» ins Leben gerufen. Zu Gevatter standen eine Nachfolgeorganisation der «Roten Hilfe» und die Freie Jugend der Schweiz. Viele der Protagonisten fanden sich nur wenige Jahre später bei der Gründung der Schweizerischen Friedensbewegung wieder.

Von Martin Schwander

Der Zweite Weltkrieg war zu Ende, grosse Teile Europas lagen in Trümmern. Nie wieder Krieg! Diese Parole setzte sich in den Köpfen und Herzen von Millionen Menschen fest. Viele Jugendliche nahmen sich in dieser Zeit vor: Wir werden es besser machen, wir wollen Freundschaft statt Hass. Ein Weltjugendkongress in London nahm diese Dynamik im Oktober 1945 auf und gründete im Namen von 40 Millionen junger Menschen aus 63 Nationen den Weltbund der Demokratischen Jugend.

Im Vorfeld dieser Konferenz ereignete sich in der Schweiz Erstaunliches: 10 Jugendorganisationen aus unterschiedlichsten politischen und religiösen Richtungen erklärten in einem gemeinsamen Brief an den Weltjugendkongress u.a.: «In der Überzeugung, dass eine kameradschaftliche Zusammenarbeit der Jugend für eine friedliche Verständigung unter den Völkern wichtig und wertvoll ist, geben die unterzeichneten Verbände ihrer Freude darüber Ausdruck, dass eine internationale, alle Jugendverbände der Welt umfassende Organisation geschaffen werden soll.»

Jugendverbände nennen Ross und Reiter

Die Jungliberale Bewegung der Schweiz, die Gewerkschaftsjugend, der Bund der Schweizerischen Genossenschaftsjugend, die Jungguttempler, die Jungkaufleute, der Verband der Schweizerischen Studentenschaften, die Sozialistische Arbeiterjugend der Schweiz, die Jugendgruppe der Naturfreunde, die Freie Jugend der Schweiz und – unter Vorbehalt – auch die Evangelische Jugendkonferenz nennen in ihrer gemeinsamen Erklärung Ross und Reiter: «In der klaren Erkenntnis, dass der wirtschaftliche und politische Imperialismus die hauptsächlichste Ursache des Krieges und des damit verbundenen namenlosen Elendes ist, (...) schliesst sich die Schweizer Jugend dem Ruf der jungen Generation aller Länder an, sich für die Wahrung des Rechts auf nationalem und internationalem Boden einzusetzen.» Die unterzeichnenden Organisationen begrüssen den Ausbau einer weiteren internationalen Zusammenarbeit unter den Jugendlichen und sehen diese «als Voraussetzung für eine positive Mitarbeit der Jugend an der Sicherung und Erhaltung des

Weltfriedens und an den Bemühungen für den sozialen Fortschritt.»

Antifaschistischer Konsens

Man mag sich heute die Augen reiben und sich fragen, wie beispielsweise die Jungliberalen damals zu derart klaren Aussagen kommen konnten. Ruedi Bantle, der zu dieser Zeit in Basel der Freien Jugend beitrug, erklärt: «Kurz nach dem Krieg bestand ein antifaschistischer Grundkonsens und die antifaschistische Solidarität war gewaltig. Der Kalte Krieg hat das dann wenig später hinweggefegt.» Tatsächlich löste sich zunächst die Evangelische Jugendkonferenz aus der gemeinsamen Plattform, und dem Weltbund der Demokratischen Jugend (WBDJ) trat schliesslich nur gerade die Freie Jugend der Schweiz (FJS) bei. 1947, nach einem WBDJ-Kongress in Prag, sei die «Einheit durch die bürgerlichen Gruppierungen gesprengt» worden, schrieb der nachmalige Präsident der Schweizerischen Friedensbewegung und Grossrat Joe Stebler 1948 in einem Bericht an jugoslawische Genossen. Diese Einheit sei nicht in die Sektionen gedrungen und nur «eine Verständigung der Spitzen» gewesen. Der Kalte Krieg hatte bereits jegliche politische Kommunikation durchdrungen.

Die FJS jedoch, die sich laut Stebler als marxistisch-leninistische Jugendorganisation verstand und mit der Partei der Arbeit «in brüderlicher Zusammenarbeit» verbunden war, liess der gemeinsamen Erklärung von Anfang an Taten folgen. «Eine ganz grossartige Sache!», befand ihr Organ «Freie Jugend», als der WBDJ im Frühling 1946 über ein Bahnbauprojekt jugoslawischer Jugendlicher berichtete und die «Jugend der Welt» dazu aufforderte, sich 14 000 jugoslawischen Freiwilligen anzuschliessen. In nur gerade 6 Monaten sollte zwischen Brcko und Banovic eine 92 Kilometer lange Bahnstrecke erstellt werden und eine aufstrebende Industriegegend mit dem grössten Kohlebergwerk Jugoslawiens verbinden. «Die Kohle, die auf dieser Linie transportiert werden wird, wird im nächsten Winter Belgrad Wärme spenden», schrieb der WBDJ. «Die Jugendorganisationen der ganzen Welt werden aufgerufen, Freiwillige nach Jugoslawien zu senden (...). Auf diese Art kann die demokratische Jugend der Welt nicht nur ihre Freundschaft zu der heldenhaften Jugend Jugoslawiens

beweisen, sondern sie kann und will ein sicheres Leben für alle Völker der Welt bauen.»

Mit der Schweizer Fahne von Franz Carl Weber

Es waren schliesslich 23 «Burschen und Mädchen», die sich auf einen Appell der Freien Jugend zum Dienst nach Jugoslawien meldeten und sich unter der Leitung des Basler FJS-Aktivisten Albi Walder am 1. Oktober 1946 auf die abenteuerliche Reise durch den kriegsversehrten Balkan begab. «Eine grosse Schweizerfahne, die der Gruppe in zuvorkommender Weise von der Firma Franz Carl Weber als Geschenk überreicht wurde, wird bald unter den Fahnen der ganzen Welt in Jugoslawien flattern», schrieb die «Jugend», wie sich die Zeitung der FJS mittlerweile nannte.

«Durchs Fenster sahen wir während dieser langen Fahrt kein Dorf und keine Station, die nicht vom Kriege schrecklich zerstört gewesen wäre», schrieb die Schweizer Freiwillige Betli später in der «Jugend». «Doch überall wird mit grossem Elan wieder aufgebaut.» Unvergesslich dann die Ankunft: «Wir wandern einen kurzen Weg hinan zum Stab der Omladinska Pruga (Jugendeisenbahn). Durch das geschmückte, selbstgezimmerne Eingangstor marschieren die 23 staubbedeckten, von der dreitägigen Reise und all den Eindrücken und Erlebnissen müde gewordenen Schweizer. Von allen Seiten eilen Jugendliche herbei und begrüssen uns mit grossem Jubel. Wenn wir auch die Worte der jugoslawischen Freunde nicht verstehen können, so spüren wir doch die Herzlichkeit, mit der sie uns empfangen.»

Er sei ganz begeistert, schrieb ein anderer Schweizer Freiwilliger in der «Jugend» über die Zeit nach ihrer Ankunft: «Wir sind auf einem Abschnitt, wo ein Tunnel gebaut werden muss, weil die Erdmassen immer wieder dass Trassé zudecken. Es wird Tag und Nacht gearbeitet. Zuerst arbeiten wir vier Tage zu 8 Stunden, jetzt nur noch sechs. Es herrscht Mangel an Facharbeitern. Der Einsatz an Leuten ist gewaltig, bis jetzt haben 60 000 junge Menschen hier gearbeitet, mit einem Elan, den man gesehen haben muss. Singend wird die schwere Arbeit verrichtet, auch in der Nacht.» Über das Lagerleben sei eigentlich nicht viel zu berichten. «Wir leben in Zelten oder Baracken, haben einen Ofen, da es schon ziemlich kalt wird. Am Morgen gibt es Kaffee und Brot, meistens Fleischkonserven mittags und abends Eintopfgericht mit viel Paprika. Auch gibt es alle Tage elf Zigaretten.»

Ernst Scheidegger, ein weiterer Schweizer, beschreibt in der gleichen Ausgabe der «Jugend» auch die Widerwärtigkeiten des Einsatzes: «Unerwartet früh ist die Regenzeit hereingebrochen. Alles ist in einen Sumpf verwandelt und in unserem Sektor ist ein Teil der Strecke eingebrochen. Bis weit in die umliegenden Höhen sind riesige Sprünge und Risse in der Erde entstanden. Jetzt müssen Betonstützen und darüber ein Tunnel gebaut werden. Das bedeutet ein doppeltes Arbeitspensum für uns. (...) Und wie gearbeitet wird! Es ist förmlich ein Wettrennen, wer zuerst seine Karette voll hat, wer zuerst einen Hund durch den Tunnel geschoben, wer zuerst den Betonhaufen hinaufgeschaufelt hat. (...) Es fällt uns nicht immer leicht, dieses Leben. Die Griechen sind uns ein Vorbild. Es ist unglaublich, was die leisten.» Stolz berichtet Albi Walder, der Delegationschef, die Cacanska-Brigade, welcher die Schweizer Jugendlichen zugeteilt sind, sei zur «Stossbrigade» ernannt worden und «momentan die beste von der ganzen Bahn. Ihr könnt Euch vorstellen, dieses Fest, als die Fahne uns übergeben wurde. Jetzt flattert sie Tag und Nacht auf der Arbeitsstelle. Das spornt uns natürlich noch mehr an. Vor einigen Tagen hat jeder von uns (...) von der Mineurbrigade ein grosses Lebensmittelpaket bekommen. Merkt Euch das, Kameraden: Jugoslawische Kameraden, welche unter schweren Opfern freiwillig an dieser Bahn mitarbeiten, welche Stossarbeiter sind, d.h. ungeheuer viel arbeiten, ihre Freizeit mit Lernen verbringen, welche selber nicht viel zu essen haben, diese Prachtskerle übergeben das Paket, welches sie vom Roten Kreuz erhalten haben, uns Schweizern als Zeichen der brüderlichen Verbundenheit...»

Am 7. November 1946, pünktlich zum Jahrestag der Oktoberrevolution, war das gewaltige Werk vollendet: 6 Monate für eine 90 Kilometer lange Bahnstrecke, für deren Bau Ingenieure 3 Jahre veranschlagt hatten. «Es ist für uns kaum fassbar», schreibt die «Jugend», «und doch begreifen wir: Eine Jugend, die so heldenhaft und unter den grössten Entbehrungen gegen die faschistischen Eroberer gekämpft hat (...), eine solche Jugend muss ungeheure Kräfte, einen ungeheuren Willen zum friedlichen Aufbau ihrer Heimat besitzen.» Und stolz wies sie auf die beteiligten 23 Schweizerinnen und Schweizer hin. Diese hätten den Weg gezeigt, «wie man enge und freundschaftliche Bande unter den jungen Menschen der ganzen Welt knüpfen kann, wie Freundschaft von Land zu Land praktisch verwirklicht und so der Weg zu einer friedlichen Welt gebahnt wird.»

Mit breiterer Basis

Noch während in Jugoslawien geschaufelt und gepickelt wurde, überlegte sich die Leitung der Freien Jugend, wie künftige derartige Einsätze auf eine breitere Basis gestellt werden könnten, und mit Unterstützung der «Koordinationsstelle für Nachkriegshilfe» (KOOST), einer Nachfolgeorganisation der Roten Hilfe, wurde im Oktober 1946 der Verein «Frieden durch Aufbau» gegründet. Ueli Kägi von der FJS und KOOST-Sekretär Alfred A. Häslar nutzten die antifaschistische Sympathiewelle der ersten Nachkriegsjahre und es gelang ihnen, weit hinein ins das Bildungsbürgertum Persönlichkeiten für ein Patronatskomitee zu gewinnen: Den Briefkopf von «Frieden durch Aufbau» zierten künftig so illustre Namen wie Dr. Adolf Lüchinger, Stadtpräsident von Zürich, der Schauspieler Heinrich Gretler, die Kunstmaler Viktor Surbeck und Ernst Morgenthaler, der Tessiner Regierungsrat Guglielmo Canevascini (SP), die Nationalräte Philipp Schmid-Ruedin (FdP), Francesco Borella (SP) und Valentin Gitermann

(SP), Nobelpreisträger Leopold Ruzicka, die Friedensaktivistin Gertrud Woker, Schauspielhaus-Direktor Oskar Wälterlin oder das damalige Zürcher Regierungsmitglied Edgar Woog von der PdA.

Bundespolizei alarmiert

Natürlich wurden derartige Aktivitäten von der Bundespolizei argwöhnisch begleitet. Schon die Teilnehmer der Jugendbrigade nach Jugoslawien waren registriert und nach ihrer Rückkehr «mit besonderer Aufmerksamkeit» der Staatsschützer bedacht worden. Bei den nun anstehenden neuen Arbeitseinsätzen wollte man einen Schritt weitergehen: «Unter den politisch unbelasteten Equipeteilnehmern dürften sich bestimmt solche finden, die nach ihrer Rückkehr in die Schweiz der Polizei gerne über ihre Beobachtungen und Erlebnisse (...) berichten werden», schrieb der Nachrichtendienst der Zürcher Kantonspolizei am 5. Mai 1947 in einem Bericht an die Bundesanwaltschaft. «Mit zuverlässigen Teilnehmern wäre auch eine direkte Fühlungsnahme zu begrüssen.» Tatsächlich wurden verschiedene «vaterländisch gesinnte» Teilnehmer angegangen und der politischen Polizei gelang es, Spitzel nicht nur aus den Reihen der Arbeitsbrigaden zu rekrutieren, sondern auch in den Vorstand von «Frieden durch Aufbau» einzuschleusen.

Dies war umso leichter, als die nächsten Arbeitseinsätze auf breite Resonanz unter Schweizer Jugendlichen trafen. Zwar boykottierten die grossen Tageszeitungen einen Bericht der Depeschagentur über die Gründung von «Frieden durch Aufbau», aber nach einer Publikation in der Schweizer Illustrierten trafen Anmeldungen zu Dutzenden im FdA-Sekretariat ein. Dieses hatte seine Führer inzwischen nicht nur in die jungen Volksdemokratien des Ostens ausgestreckt, sondern auch nach Deutschland, Frankreich und Norwegen, doch kamen Arbeitseinsätze in diesen Ländern nicht zustande, ebensowenig wie die Mitarbeit am Aufbau des Pestalozzi-Dorfes von Trogen.

So fuhren im Mai 1947 unter Leitung des jungen PdA-Grossrates Joe Stebler als erste offizielle FdA-Brigade 61 vornehmlich deutschschweizer Jugendliche in die Tschechoslowakei, nach Horni-Litwinow. Gemeinsam mit ihrem Mann Georges dabei war auch die damals frisch verheiratete Martha Martin aus Frenkendorf. Die spätere Sekretärin der Schweizerischen Friedensbewegung, die durch die Naturfreunde-Jugend zur Brigade gekommen war, erinnert sich gern an die angenehmen Kontakte, die sich während des Arbeitseinsatzes ergaben, aber auch an die harte Arbeit: «Wir haben während vier Wochen sechs Stunden pro Tag Becken für eine Filtrieranlage ausgegraben.»



Zwei Dinge fehlten in der CSSR 1947 nie: Die Schweizer Fahne und Eug Pfister mit seiner Gitarre (Foto Privatarhiv)

Neben Georges und Martha Martin schaukelte sich ein weiteres junges Paar aus dem Raum Basel durch den harten Boden des Sudetenlandes: Heidi und Eug Pfister. «Während Heidi vor allem an den Dämmen und Becken beschäftigt war, wurde ich auch als Zimmermann eingesetzt», erinnert

Fortsetzung auf Seite 6

Jugendliche machten es...

Fortsetzung von Seite 5

sichtig Eug Pfister, der damals bereits Mitglied der Freien Jugend war und sich später insbesondere in der PdA, der Friedensbewegung und der Singgruppe «Unser Lied» engagierte. «Die hatten praktisch keine Werkzeuge. Mir stand zum Beispiel nur gerade eine Säge zur Verfügung, der fast alle Zähne fehlte. Ich feilte dann drei Tage an dieser Säge herum, bis sie wieder perfekt biss und ich richtig damit arbeiten konnte.»

Dass die 61 Jugendlichen durch das UNO-Hilfswerk UNRA mit schwedischen Arbeitskleidern ausgestattet worden waren und derart «uniformiert» in Most – hinter der Schweizer Fahne – an einer Kundgebung teilnahmen, bot Anlass zu einer ersten NZZ-Polemik in der Schweiz. Noch aber hielt man sich mit grobem Geschütz gegen «Frieden durch Aufbau» zurück.

Wieder an der Eisenbahn

Das Blatt wendete sich erst mit der Entsendung einer weiteren Gruppe nach Jugoslawien. Dort stand im Sommer 1947 die zweite Etappe der Jugendeisenbahn an: Das weitgehend zerstörte und veraltete Trassé zwischen Samac und Sarajewo sollte auf einer Strecke von 240 Kilometern erneuert und ausgebaut werden. «Eine fröhliche Schar Jugendlicher versammelte sich in Arth-Goldau am 10. Juli, um mit der Aktion Frieden durch Aufbau beim grossen Wiederaufbauwerk Jugoslawiens mitzuhelfen», vermeldete der «Vorwärts» am 4. Oktober 1947. «Es waren 85 Jugendliche, die hier mit grossen Rucksäcken, Koffern und viel Begeisterung zusammenkamen, 22 Mädchen und 63 Burschen. Sie kamen aus allen Gegenden der Schweiz.» Minutiös listete die Zeitung auf, welcher politischen Orientierung die Teilnehmenden unter erneuter Leitung von Joe Stebler angehörten: «Am stärksten vertreten war die Freie Jugend Schweiz mit 34, dann folgen Sozialistische Jugend mit 3, Verband der Schweizerischen Studentenschaften 4, Pfadfinder 3, Katholische Jugend 3, Schweizerische Jugendherbergen 3, Internationaler Zivildienst 3, Sozialistische Studentenschaft 2, Nichtorganisierte 30.» Das Durchschnittsalter lag bei 24 Jahren, 63 Teilnehmende bezeichneten sich als Arbeiter oder Angestellte, die andern als Schüler oder Studierende. «Auch zwei Offiziere kamen mit», unterstrich der «Vorwärts»: «Also alles in allem eine recht bunte Gesellschaft, die nun sechs Wochen eng zusammenarbeiten wollte,

berichteten: «Von der extrem Linken bis zur extrem rechten katholisch-konservativen Seite konnte man alle Abstufungen der Weltanschauungen treffen. In dieser Beziehung hat unser Leiter, Joe Stebler, mit seinem ausgleichenden Wesen, mit Toleranz und natürlichem, kameradschaftlichen Sinn sehr gut den vermittelnden Weg gefunden.»

Tagwacht war jeweils bereits um Viertel vor 4 Uhr morgens. «20 Minuten später: Antreten zum Appell», beschreiben Teilnehmer im bereits erwähnten Artikel im «Vorwärts» einen normalen Arbeitstag: «Die Küchenmannschaft wird bestimmt, Kranke und Dispensierte werden gemeldet, und nach dem Aufziehen der Schweizer Fahne am hohen Mast und dem Singen unserer Nationalhymne zieht unsere Brigade mit einem Lied, voran die Fahne unserer Heimat, an den Arbeitsplatz.» Die Arbeit am Bahntrassé sei äusserst anstrengend gewesen, vermeldeten die drei jungen Zivildienstler ihrerseits im Bericht an ihre Zentrale: «Die Arbeit bestand darin, eine Felswand abzutragen, Felsblöcke, Steine und Geröll auf die andere Seite des Damms zu führen, um so den alten Bahndamm um zehn Meter zu verbreitern. Wir waren eigentlich Steinbrucharbeiter. Ich muss sagen, wir haben oftmals unsere armen Rücken gerieben und ein wenig geseufzt unter der Last der Steine.»

Um 12 Uhr war jeweils Arbeitssende. Den Nachmittag hatten die Bri-



Pickeln für die Zukunft. Foto Privataarchiv

gadisten für sich und verbrachten ihn «mit Schlafen, Sport und Spiel», wie sie dem «Vorwärts» berichteten. «18 Uhr. Nachtessen. Appell. Einzug der Fahne und singen der Nationalhymne. Anschliessend besuchen wir eine Nachbarbrigade, sitzen mit ihnen um ein Lagerfeuer, diskutieren, singen, tanzen und sind eine fröhliche jugendliche Schar. Es kommt auch öfters vor, dass wir Besuch einer Künstlergruppe bekommen, Kammermusik, Theater, Partisanenchor, usw. Auch sorgt wöchentlich eine Filmvorführung für kulturelles Leben und Unterhaltung.»

1. August-Feier auf Bosniens Hügeln

Speziell in Erinnerung geblieben sein dürfte den Brigadistinnen und Brigadisten die 1. August-Feier in den Bergien Bosniens: «Treu nach helvetischer Manier stiegen ein paar Schweizer um 4 Uhr morgens auf die Hügel und zündeten helvetische Feuer an», schreibt Louise Stebler in ihrem autobiographischen Buch «Geschichten aus meinem Leben». Die Baslerin, die mit ihrem Mann Joe bereits in Litwinow Arbeitseinsatz geleistet hatte, wirkte diesmal in der Redaktion der Lagerzeitung mit. Für den Abend des 1. Augustes war eine gemeinsame Feier mit polnischen, tschechoslowakischen und jugoslawischen Brigaden vorgesehen. «Wie konnten wir diesen vielsprachigen Jugendlichen die Schweizergeschichte klar machen? Auf einer kleinen Bühne stand Wilhelm Tell mit seinem Sohn. Auf Deutsch und Englisch wurde es erklärt und Tell schoss den Apfel vom Kopf.» Der Rütlichschwur, die Festigung des Bundes, die acht alten Orte, Reformationszeit, Sonderbundskrieg: mit mächtigem Applaus sei die grosse Leistung verdankt worden, rapportieren Brigadisten im «Vorwärts» und schliessen: «Für uns sicher die schönste 1. August-Feier, hat sie uns



Noch heute in guter Erinnerung: Am 7. November 2016 wurden in Banovici, Brcko und Tuzla zum 70. Jahrestag der Jugendeisenbahn Ausstellungen organisiert und ein Ehrenzug fuhr die Strecke ab. Quelle: Belgrader TV-Station N1

doch gezeigt, dass wir überall Freunde haben und dass wir verpflichtet sind, die von unseren Vorvätern erkämpften Freiheiten zu behüten und gegen alle Angriffe zu verteidigen.»

Die Arbeitsbilanz der Schweizer Jugendlichen, mit einer Übererfüllung der Norm von fast 38%, liess sich vorzeigen: «Wir können mit Genugtuung feststellen, dass die Schweizerbrigade für unsere Heimat grosse Ehre eingelegt hat, und dem schweizerischen Schaffe ein vorbildliches Zeugnis ausgestellt hat.»

Reisläufer und Quislinge

Genährt durch tendenziöse Infos der Bundespolizei und wohl erschrocken über die gute Aufnahme, welche die Aktion Frieden durch Aufbau unter Schweizer Jugendlichen fand, begannen sich währenddessen in eben dieser Heimat die Schweizerische Politische Korrespondenz (SPK/Mittelpresse) und NZZ auf die Organisation einzuschliessen. Von Reisläuferei war die Rede, die Brigadisten würden militärisch ausgebildet für den Partisanenkampf in Griechenland, die jungen Schweizerinnen und Schweizer seien nichts anderes als Quislinge, die im Ausland Frondienst leisteten. Die SPK qualifizierte Jugoslawien als «furchtbare Neuaufgabe dessen, womit Hitler um ein Haar die Vernichtung der menschlichen Kultur zustande gebracht» hätte. «Wenn der Bau von Titos «Jugendbahnen» unbedingt die Mitwirkung schweizerischer Kräfte erfordert, so mögen jene Anbieter der roten Welterneuerer sich melden, zu denen der Präsident der Organisation «Frieden durch Aufbau» gehört. Sie können wir leicht entbehren, auch wenn sie Lust hätten, die Segnungen der «Volksdemokratie» länger als einige Monate zu geniessen.» Die NZZ ihrerseits zielte auf das Patronatskomitee: «Was uns aber (...) vor allem zu denken gibt, ist das, dass bürgerliche Politiker das Patronat über dieses Ausleihen politisch unreifer und deshalb gefährdeter junger Schweizer ans Ausland übernehmen, ohne sich offenbar der Tragweite ihres Handelns bewusst zu sein.»

Bundesrat mischt sich ein

Weder formelle Dementis des Schweizerischen Botschafters in Belgrad, Minister Zellweger, zur angeblichen militärischen Ausbildung noch explizite Glückwünsche der Schweizerischen Gesandtschaft in Prag an die Adresse der dortigen Arbeitsequipe vermochten den Wind zu kehren: der antikommunistische Reflex gewann allmählich wieder Oberwasser über den kurzfristigen antifaschistischen Grundkonsens und wurde durch die bürgerliche Presse kräftig alimentiert. In der Folge traten einige der Patronatsmitglieder zurück, so etwa der Zürcher SP-Stadtpresident Adolf Lüchinger. Die von «Frieden durch Aufbau» organisierte Tournee eines tschechoslowakischen Jugendtheaters durch die Schweiz wurde kurzerhand verboten – dies noch vor dem Prager Regierungswechsel vom Februar 1948, der den Kalten Krieg weiter beförderte. «Principii obsta» (Wehret den Anfängen), vermerkte Bundesrat Eduard von Steiger nach einer Ver-

sammlung von «Frieden durch Aufbau» am 18. Januar 1948 im Berner «Hospiz zur Heimat» in einer Note an die Bundesanwaltschaft. Jene, in ihrem bekannten vorseilenden Gehorsam meldete zurück, künftig würden sie vom Hospiz-Betreiber über derartige Versammlungen vorher informiert: «Wir sind dann auch in der Lage, zu unserer Information die nötigen Massnahmen (...) zu treffen.»

Der Tod eines Brigadisten

In diesem Klima wurde 1948 ein schwieriges Jahr für «Frieden und Aufbau». Inlandeinsätze im Kinderdorf Pestalozzi in Trogen wurden wegen «mangelndem Interesse» seitens der dortigen Leitung erneut abgesagt und ein Hilfsangebot für den Wiederaufbau des aargauischen Dorfes Kaisen wurde gemäss «Vorwärts» «mit der mehr als seltsam anmutenden Begründung» abgelehnt, diese Arbeiten seien an private Unternehmer vergeben. Für einen Einsatz in Jugoslawien vom Juni 1948, diesmal an der Autobahn zwischen Zagreb und Belgrad, meldeten sich nur 22 Jugendliche an und für den Wohnungsbau im tsche-



«Karger Arbeitsaufenthalt»: Ruedi Bantle 1948 in Bulgarien. Foto Privataarchiv

choslowakischen Lidice vom Herbst 1948 gerade noch elf. Es sollte dies der letzte Arbeitseinsatz von «Frieden durch Aufbau» gewesen sein.

Noch aber reisten am 17. Juli 1948 39 vornehmlich welsche Jugendliche über Mailand zum Bahnbau ins Bulgarische Loveo Trojan. Während frühere Arbeitseinsätze mit kulturellen Darbietungen, Diskussionen, Ausflügen und Besichtigungen aufgelockert worden waren, ist dieser Einsatz in Bulgarien Ruedi Bantle und Martha Martin als besonders anstrengend in Erinnerung geblieben. «Wir hatten mit felsigem Gelände zu kämpfen und es war unerträglich heiss», erinnert sich Ruedi Bantle. «Für ein geselliges Lagerleben, für Festivitäten, aber auch für politische Diskussionen waren wir nach der Arbeit einfach zu müde. Es war ein strenger, karger Arbeitsaufenthalt.»

Zu streng für den jungen Hans Frutiger aus dem Berner Oberland. Der 28jährige Typograph aus Thun, der wenige Wochen zuvor bereits in Jugoslawien im Einsatz stand, erkrankte an «galoppierender Schwindsucht», wie der Nachrichtendienst der Zürcher Polizei in einem Bericht festhielt: Frutiger sei innerhalb weniger Tage im Spital von Sofia verstorben. «Dort erfolgte auch seine Beisetzung



Martha Martin (links), ein Bulgare und Helen Lützel bringend Hans Frutiger Blumen ins Spital. Foto Privataarchiv

auf Staatskosten und unter grosser Beteiligung der staatlichen Vertreter.» Martha Martin und ihr Mann Georges durften Hans Frutiger vor ihrer Heimreise mit zwei andern Mitgliedern der Gruppe noch im Spital besuchen: «Still und geduldig ertrug er seine Krankheit, hoffend auf eine Rückkehr in seine Heimat», schrieb Georges in einem Nachruf. Hans habe sich ein Ziel gesetzt: mehr und besser zu arbeiten als die andern. «Seinen Körper glaubte er für diese schwere Arbeit vorbereitet zu haben. Er hat viel, vielleicht zuviel von sich verlangt.» In treuem Gedenken an ihren «Helden der Arbeit» würden die Brigadeteilnehmer weiter am Haus bauen, in welchem sich die «Einheit der Jugend aller Völker» zusammenfinde.

Die Generalversammlung von «Frieden durch Aufbau» vom 28. November 1948 im Berner «Bierhübeli» wählte die jungen Basler Ruedi Bantle und Hansjörg Hofer zum Präsidenten resp. zum Kassier. Die beiden leiteten nunmehr einen Verein, der sich praktisch nur noch aus den Reihen der Freien Jugend rekrutierte. Das Programm für 1949 wurde auf eine einzige Arbeitsbrigade in die Tschechoslowakei reduziert, die aber schliesslich nach Absage aus Prag nicht mehr durchgeführt werden konnte. Statt dessen warb «Frieden durch Aufbau» für die Teilnahme am Weltjugendfestival von Budapest. Unter der Leitung von Ruedi Bantle reiste am 12. August 1949 denn auch eine 88-köpfige Gruppe von Basel über Buchs nach Ungarn. «Durch den Spezialdienst Basel gelangten wir in den Besitz einer Liste der schweizerischen Teilnehmer», notierte Bundespolizist Fätzer am 17. August 1949. «Zur Hauptsache handelt es sich bei diesen Personen um bekannte Kommunisten, Funktionäre und Mitglieder der FJS und PdA.» Fichert und archiviert wurde auch das subversive und offenbar staatsgefährdende Programm dieses Welttreffens der Jugend: «Gesang-Wettbewerb; Volkstänze aus der ganzen Welt; Vorführung der besten Filme aus der Weltproduktion; Ausstellung über den Kampf der Jugend; Tanz, Lagerfeuer auf der Insel «Marguerite»; Baden im Strandbad, Theateraufführungen; Kundgebungen im Nationalstadion in Budapest; Besichtigung der Stadt, der Fabriken, der Republik der Pioniere und der Jugend-Clubs...»

Andere Fronten rufen

Am 5. Februar 1950 hielt «Frieden durch Aufbau» ihre letzte Generalversammlung ab. Unter dem Vorsitz von Ruedi Bantle wurde beschlossen, erst dann wieder mit Auslandseinsätzen aktiv zu werden, wenn sich in der Schweiz erneut Arbeitslosigkeit einstellen sollte. Tatsächlich rückten andere Traktanden in den Fokus der jungen Friedenskämpfer: die Gründung der NATO, der Aufbau einer breiten Friedensbewegung, der Koreakrieg, der Kampf gegen die Atombombe und die damit verbundene Unterschriftensammlung für den Stockholmer Appell, Aktionen gegen die deutsche Wiederaufrüstung und gegen die atomare Bewaffnung der Schweizer Armee: in all diesen Bewegungen waren sie wieder präsent, die Brigadistinnen und Brigadisten der späten Vierziger Jahre.

Und «Frieden durch Aufbau»? «Irgendwann ist der Verein eingeschlafen», erläutert der heute 90jährige nachmalige Basler Grossrat und letzte Vereinspräsident Ruedi Bantle. «Es ist ihm so ergangen wie später auch den meisten Kultur- und Sportvereinen der Arbeiterschaft. Nachhaltig verblieben ist aus dieser Zeit eigentlich nur die Schweizerische Friedensbewegung.»

(Zur Abfassung dieses Artikels wurden neben den erwähnten Quellen und Gesprächen Dokumente der Bundesanwaltschaft aus dem Bundesarchiv eingesehen.)



Jugoslawisches Plakat mit den beiden Strecken der Jugendeisenbahn.

um dem jugoslawischen Volke beim Wiederaufbau zu helfen, die Verhältnisse zu studieren, und mit der jugoslawischen Jugend Freundschaft zu schliessen.» Auf die heterogene Zusammensetzung wiesen auch die drei Vertreter des Schweizer Zweiges des Internationalen Zivildienstes mit, die am 15. Oktober 1947 ihrer Zentrale



Die Jugend und Studierenden der Welt treffen sich 2017 in Sotschi! Weltfestspiele der Jugend 2017

Der am 10. November 1945 gegründete Weltbund der Demokratischen Jugend (siehe auch Artikel zu «Frieden und Aufbau» in dieser Nummer) beschloss an seinem ersten Kongress in London, regelmässig Welttreffen der Jugend und Studierenden zu veranstalten; diese Treffen sollten «die internationale Freundschaft und Verständigung der Jugendlichen der verschiedenen Länder entwickeln und verstärken, einen wichtigen Beitrag zum Wiederaufbau der Welt und zur Erhaltung des Friedens leisten und mit allen geeigneten Mitteln das Leben, die Tätigkeit, die Bestrebungen der Jugend der verschiedenen Länder zeigen».

1947 wurde in Prag das 1. dieser Weltjugendfestivals durchgeführt, 2013 in Quito, Ecuador das achtzehnte und bisher letzte. Die 19. Weltfestspiele der Jugend und Studierenden nun finden vom 14. bis 22. Oktober 2017 im russischen Sotschi, der Stadt der Olympischen Winterspiele 2014, statt. Wie die kubanische Jugendzeitung «Juventud Rebelde» meldete, einigten sich die Delegierten des ersten internationalen Vorbereitungstreffens, das in Venezuelas Hauptstadt Caracas tagte, auch auf das Motto des Festivals. Es lautet demnach «Für Frieden, Solidarität und soziale Gerechtigkeit, kämpfen wir gegen den Imperialismus. Indem wir unsere Vergangenheit ehren, bauen wir die Zukunft auf». Erwartet werden gemäss der Webseite des russischen Gastgebers www.russia2017.com rund 20 000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus aller Welt.

Gewidmet ist das Festival dem 100. Jahrestag der Grossen Sozialistischen Oktoberrevolution sowie dem 70. Jahrestag der ersten Weltfestspiele, die 1947 in Prag stattgefunden hatten. Erinnerung werden soll ausserdem



an den 50. Jahrestag der Ermordung Che Guevaras, den 60. Jahrestag der Weltfestspiele 1957 in Moskau sowie an den kürzlich verstorbenen Präsidenten der Demokratischen Arabischen Republik Sahara, Mohamed Abdelaziz, der Zeit seines Lebens gegen den Kolonialismus und für die Unabhängigkeit der Westsahara gekämpft hatte.

Im Simón-Bolívar-Theater in Caracas wurde mit einer feierlichen Zeremonie der offizielle Startschuss für die Vorbereitung des 19. Weltfestspiele gegeben. Eine Delegation aus Ecuador, wo 2013 die 18. Weltfestspiele

stattgefunden hatten, übergaben VertreterInnen des russischen Vorbereitungskomitees die Festivalflagge.

Venezuelas Vizepräsident Aristóbulo Istúriz erinnerte in seiner Ansprache auf der vom staatlichen Fernsehen VTV direkt übertragenen Veranstaltung daran, dass er selbst dem venezolanischen Vorbereitungskomitee für die X. Weltfestspiele 1973 in Berlin/DDR angehört hatte. Er könne sich an das damalige Festival erinnern, «als wäre es gestern gewesen». Istúriz rief zur antiimperialistischen Solidarität mit der Bolivarischen Revolution in Venezuela auf: «Die Medien stellen weltweit eines der faktischen Machtinstrumente der Oligarchie dar, die durch die Medienkontrolle in der Lage ist, die Völker voneinander zu isolieren, so dass diese ihre Wahrheit nicht durchsetzen können.» Dagegen helfe die internationale antiimperialistische Vernetzung, wie sie die Weltfestspiele anbieten. «Dies ist ein historischer Augenblick, in dem wie die Weltfestspiele der Jugend brauchen, damit die Wahrheit in die Welt hinauskommt. Es gibt kein anderes Vehikel, keinen besseren Weg, um der Jugend und den Studenten der Welt die Wahrheit zu vermitteln», betonte der ehemalige Universitätsprofessor.

Wer interessiert ist, Teil der Schweizer Delegation zu werden, meldet sich unter: info@kommunistischejugend.ch. Individuelle Anmeldungen sind auch möglich über <http://www.russia2017.com/en>

Zum Schiessen «komisch»

Wenn Ringier rechnet

Die Ringier-Gruppe publiziert in der VR China zur Zeit etwa 12 Online- und Print-Produkte, beispielsweise das Magazin City Weekend Parents & Kids und die Familienzeitschrift Shanghai Family. Zu diesem Zweck beschäftigt Ringier in China über 120 Mitarbeitende mit Niederlassungen in Shanghai, Peking, Suzhou, Shenzhen, Guangzhou und Hong Kong.

«Je nach Bedarf kann Mao, gleich wie Russland, ungezählte weitere Soldaten aus seinem Menschenreservoir pumpen. Er verfügt ja über 450 Millionen Untertanen.

Wie unvorstellbar diese Menschenzahl ist, zeigt die Tatsache, dass man nie zu Ende käme, das chinesische Volk mit Gewehren zu vernichten, selbst wenn alle Chinesen in Reih

etwa 20 Menschen erschossen. In der Stunde könnten 1 200 Menschen «erledigt» werden, im Tag 28 800, im Jahr 10 512 000, in zehn Jahren 105 120 000. Um sämtliche 450 Millionen Chinesen auf diese Weise zu erschliessen, brauchte es rund 43 Jahre. Im Verlauf dieser 43 Jahre wäre aber bereits eine neue Generation Chinesen herangewachsen, und man käme mit Erschiessen überhaupt nie an ein Ende.»

Die «Freie Jugend der Schweiz» verwahrte sich bei der Bundesanwaltschaft in Bern per Einschreiben vom 11. Dezember 1950 gegen derartige «von faschistoidem Geist erfüllte Artikel», die geeignet seien, Hass- und Mordgedanken zu fördern und im Schweizervolk eine gefährliche Kriegspsychose zu erzeugen. Kriegspropaganda würde die Sicherheit, Unabhängigkeit und Wohlfahrt der Schweiz gefährden und entsprechend sei die Nr. 49 der «SIE und ER» unverzüglich zu beschlagnahmen. Die im Brief der Freien Jugend ausgedrückte Hoffnung, die Behörden würde sich nicht hinter die «gegen die Interessen der Schweiz verstossenden Massenmordideen stellen», erfüllte sich nicht: Die Bundesanwaltschaft lehnte die geforderte Beschlagnahme ab, die Sicherheit der Schweiz werde durch den Artikel nicht gefährdet...

Quelle: Sie & Er, Nr. 49, 8. Dezember 1950; Dossiers zur «Freien Jugend» im Bundesarchiv



Eher von Gewehr- statt von Print-Magazinen träumte wohl jener Ringier-Journalist, der im Dezember 1950 – die Volksrepublik China hatte in Bern gerade ihre Botschaft eröffnet – in der Ringier-Illustrierten «Sie & Er» unter dem Titel «Rotchina marschiert» die Stärke Chinas folgendermassen beschrieb:

und Glied aufgestellt, völlig waffenlos bereit stünden. Um dies zu beweisen, ist eine einfache Rechnung nötig. Man stelle sich die 450 Millionen Chinesen in Vierer Kolonnen aufgestellt vor. Dann stelle man sich vor, dass die vordersten vier erschossen würden, dann die nächsten vier usw. Pro Minute würden auf diese Weise

Wen wird Obama zum Abschied begnadigen?

Freiheit für Ana + Co.

Üblicherweise begnadigt ein abtretender US-Präsident als eine seiner letzten Amtshandlungen eine Reihe von Strafgefangenen oder hebt die Verfolgung von mutmasslichen Straftätern auf. Beim Abtritt von Bill Clinton beispielsweise profitierten 140 Personen davon, unter ihnen der umstrittene spanisch-israelische Rohstoffhändler Marc Rich, der per präsidentialem Erlass von der Liste der «10 meistgesuchten Personen» der USA entfernt wurde.

Von Martin Schwander

In den USA befinden sich gegenwärtig (August 2016) 2 217 947 Gefangene im Strafvollzug. Wieviele von ihnen wird der abtretende US-Präsident Barack Obama wohl in die Freiheit entlassen? Wird er – vielleicht aus Anlass des zu Ende gehenden «Heiligen Jahres der Barmherzigkeit» – dem Aufruf von Papst Franziskus an die Staatschefs der Welt folgen, die Lebensbedingungen in den Gefängnissen zu verbessern und die Möglichkeit von Begnadigungen in Erwägung zu ziehen? Kuba hat es ihm vorgezeigt: Am 15. November öffneten sich – als explizite Antwort auf den Appell des Papstes – in verschiedenen Teilen des Landes vorzeitig die Gefängnistore für 787 verurteilte Straftäter.



Oscar López Rivera

Unsere Wunschliste an Barack Obama ist lang und sie umfasst etwa Oscar López Rivera aus Puerto Rico. Bernie Sanders, der sich ein hartes Rennen mit Hillary Clinton geliefert hatte und leider unterlag, twitterte: «Oscar López Rivera sitzt seit 34 Jahren im Gefängnis, weil er sich für die Unabhängigkeit von Puerto Rico eingesetzt hat. Ich sage zu Präsident Obama: Lasst ihn gehen.» Wie einst Nelson Mandela in Südafrika wurde Oscar López Rivera zum «kommunistischen Terroristen» gestempelt und obwohl ihm keinerlei Gewaltverbrechen nachgewiesen werden konnten, wurde er zu 55 Jahren Haft verurteilt. 15 Jahre zusätzlich kassierte er wegen eines angeblichen Fluchtversuches. 12 Jahre verbrachte López Rivera in Isolationshaft, obwohl die UNO mehr als 15 Tage Isolationshaft als Verletzung der Menschenrechte taxiert hat.

Leonard Peltier

Oder Leonard Peltier. Der Stammesangehörige der Lakota und Aktivist für die Rechte der nordamerikanischen Indigenen wurde 1976 wegen angeblicher Beihilfe zum Mord zu zweimal lebenslänglich verurteilt und sitzt seit 40 Jahren in Haft. Bereits 2000 stand er auf der Begnadigungsliste des damals scheidenden Präsidenten Bill Clinton, sein Name wurde aber in letzter Sekunde auf Druck des FBI gestrichen. Am 12. September 2016 wurde Leonard Peltier 72 Jahre alt. Sein Gesundheitszustand ist äusserst prekär und würde eine sofortige Behandlung in der Mayo-Klinik erfordern. Ohne Begnadigung und adäquate medizinische Hilfe wird der wohl älteste politische Gefangene der Welt den nächsten Geburtstag kaum erleben können.

Mumia Abu-Jamal

Begnadigen könnte Obama endlich auch Mumia Abu-Jamal. Der Journalist und Kämpfer für die Rechte und die Würde der afroamerikanischen Bevölkerung in den USA wurde 1982 wegen der angeblichen Ermordung eines Polizisten zum Tode verurteilt und sass fast 30 Jahre lang in der Todeszelle. Skandalöse Verfahrensfehler, Unterdrückung von Zeugenaussa-

gen und das Geständnis des wahren Mörders hätten in jedem Rechtsstaat längst zur Freilassung des früheren «Black Panthers» führen müssen. In den USA wurde gerade mal die Todesstrafe umgewandelt in lebenslange Haft ohne Aussicht auf Freilassung. Mumia Abu-Jamal ist schwer zuckerkrank und leidet an Hepatitis C. Die Gefängnisleitung lehnt eine entsprechende Behandlung ab.

Ana Belén Montes

Und dann ist da noch Ana Belén Montes. Die frühere Spezialistin für kubanische und lateinamerikanische Angelegenheiten beim US-Militärgeheimdienst DIA wurde im September 2001 verhaftet und wegen «Verschwörung zu Spionage für Kuba» zu 25 Jahren verurteilt. Ana, die sich der Anklage nicht widersetzt hatte und ihre Taten vor Gericht damit begründete, dass sie für die Freundschaft zwischen dem US-amerikanischen und dem kubanischen Volk kämpfe und es nicht zulassen könne, wie eine grosse eine kleine Nation drangsaliert, ist an Brustkrebs erkrankt und wurde vor wenigen Wochen operiert. Sie wird von ihrer Umwelt praktisch isoliert, ihr Postverkehr ist auf wenige Personen beschränkt.

Yes You Can!

Yes, you can, President Obama! Die Begnadigung dieser und vieler anderer Personen – Assata Shakur, Julian Assange, Edward Snowden, Chelsea Manning etc. – ist längst fällig und würde den schalen Geschmack, den die Obama-Administration insgesamt hinterlässt, zumindest etwas mildern.

Auch Du kannst

Lassen wir Ana & Co. in diesen Tagen spüren, dass sie nicht alleine sind auf dieser Welt. Schreibt ihnen Kartengrüsse (zum Beispiel auf den Karten der SFB mit den Picasso-Motiven, bestellbar auf www.friedensbewegung.ch oder per Telefon 061 681 03 63) und kontaktiert Präsident Obama. Ana Belén Montes wird die Karten zwar jetzt nicht zu Gesicht bekommen, aber die Leitung des Gefängnisses werden sie trotzdem beeindruckt.

Ana Belén Montes

No. 25037-016
Carswell Detention Center
3000, I St, Fort Worth,
TX 76127

Leonard Peltier

No. 89637-132
USP Coleman I
P.O. Box 1033
Coleman, FL 33521

Mumia Abu-Jamal

No. AM 8335
SCI Mahanoy
301 Morea Road
Frackville, PA 17932

Oscar López Rivera

#87651-024
FCI Terre Haute
P.O. Box 33
Terre Haute, IN 47808

President Barak Obama

The White House
1600 Pennsylvania Ave. N.W.
Washington DC 20500

ISSN 1423-6826
sfb@bluewin.ch
www.friedensbewegung.ch



Unsere Welt

Zeitung der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB)

Impressum

Herausgeber: Schweizerische Friedensbewegung SFB, Postfach 2113, CH-4001 Basel
Verantwortlich für Herausgabe: Martin Schwander
Redaktion: Franziska Genitsch, Julia Hoppe, Jonas Jäggi, Toni Mächtlinger, Ruedi Moser, Martin Schwander, Louise Stebler, Samuel Wanitsch
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

«Unsere Welt» erscheint viermal jährlich.
Auflage: 3 000
Mail: sfb@bluewin.ch Telefon: 061/681 03 63 Fax: 061/681 76 32
Abonnementspreis: mindestens 12 Franken. PC: 40-1627-7

Satz/Layout: ComTex, 3414 Oberburg
Druck: Bubenberg Druck- und Verlags AG, Bern

Mithelfen

«Unsere Welt» erscheint seit 1978. Dies, weil die Freundinnen und Freunde der UW mit Spenden es ermöglichen und weil viele Helferinnen und Helfer bei der Verbreitung mithelfen.

Wie kann ich helfen?

Indem Sie den Einzahlungsschein benützen und/oder einen Bund Zeitungen bestellen und an Ihrem Ort an Versammlungen oder in die Briefkästen verteilen. Benützen Sie dazu den Talon auf Seite 5. Herzlichen Dank!



Baracoa nach dem Wirbelsturm. Foto cubadebate

Nach dem Wirbelsturm Matthew:

Kuba ist nicht Haiti

Am 4. Oktober fegte der Wirbelsturm Matthew über die Karibik hinweg und hinterliess eine Schneise der Verwüstung. Auch im Osten Kubas, wo insbesondere die Küstenstadt Baracoa weitgehend zerstört wurde. Trotzdem: Für Kuba sammelte keine Glückskette Geld.

Von Samuel Wanitsch

«Ich habe keinen schöneren Ort je gesehen. Die beiderseitigen Flussufer waren von blühenden, grün umrankten Bäumen eingesäumt, die ganz anders aussahen, als die heimatischen Bäume. Sie waren von Blumen und Früchten der verschiedensten Art behangen, zwischen denen zahllose, gar kleine Vögel ihr süßes Gezwitscher vernehmen liessen. Es gab da eine Unmenge Palmen. Ich gestehe, beim Anblick dieser blühenden Gärten und grünen Wälder und am Gesang der Vögel eine so innige Freude empfunden zu haben, dass ich es nicht fertig brachte, mich loszureissen und meinen Weg fortzusetzen. Diese Insel ist wohl die schönste, die Menschenaugen je gesehen. Meiner Ansicht nach dürfte der Ozean das Land niemals über den Strand hinaus überflutet haben, da die Vegetation fast bis an das Meeresufer heranreicht.»

In etwa so hatte es Christoph Kolumbus in seinem Bordbuch niedergeschrieben als er Kuba entdeckte und am 28. Oktober 1492 erstmals den Boden der grössten Antillensinsel betrat. An eben diesem Ort gründete dann kaum 20 Jahre später Diego Velázquez 1511 die erste spanische Siedlung Baracoa, die seither auch den Titel «Ciudad Primada» (erste Stadt) trägt.

Bis 1965 war die in üppigste Vegetation eingebettete idyllische Stadt nur auf dem Seeweg oder per Kleinflugzeug erreichbar. Der eindruckliche Passübergang «La Farola» über das Gebirge der «Sierra de Purial» ermöglichte die weitere Entwicklung der Stadt, die heute einen besonderen Anziehungspunkt im Tourismus darstellt.

90% der Dächer zerstört

Und nun traf am 4. Oktober der Wirbelsturm Matthew eben dieses paradiesische Baracoa und seine Umgebung in voller Härte. «Nachdem Hurrikan Matthew während vier langen Stunden mit Windgeschwindigkeiten von bis zu 300 Stundenkilometern durch den Ostzipfel Kubas gezogen war, verharrten noch immer zehntausende Menschen in den Notunter-

künften. Der Sturm hinterliess in den östlichen Provinzen des Landes eine Schneise der Verwüstung, zahlreiche Familien verloren ihre Häuser. In der Stadt Baracoa sollen mehr als 90 Prozent der Dächer von Sturmschäden betroffen sein.» (amerika21 vom 9. Oktober). Hingegen war in Kuba kein einziger Todesfall zu beklagen. Aber so undifferenziert berichtet der Tagesanzeiger vom 5. Oktober: «Der grösste Wirbelsturm der letzten zehn Jahre bringt Haiti, der Dominikanischen Republik und Kuba Tod und Verwüstung. An der US-Ostküste werden 1,1 Millionen Menschen evakuiert.»



Wenige Tage «danach»: Neue Dächer für Baracoa. Foto Juan Pablo Carreras/cubadebate

Umso lesenswerter ist hingegen der Bericht des seit Jahren in Kuba lebenden uruguayischen Journalisten Fernando Ravensberg im Newsportal amerika21 («Der Hurrikan «Matthew» und der kubanische Zivilschutz – Wie die sozialistische Karibiknation sich auf Hurrikane vorbereitet und warum der Wirbelsturm dort kein einziges Menschenleben gekostet hat»). Er schreibt: «Hunderttausende von Menschen werden evakuiert und man kann sich vorstellen, welche grosse Mobilmachung hierfür erforderlich ist. Trotzdem ist alles organisiert, mehr mit Einfallsreichtum und Solidarität denn mit Ressourcen.»

Schutz statt Ausbeutung

Nach dem Triumph der Revolution wurden in Kuba zerstörerische Abholungen gestoppt. Gemäss der von

der UN-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation FAO veröffentlichten Studie «Situation der Wälder in der Welt 2011» hat Kuba in Lateinamerika und der Karibik die meisten als Schutzgebiete ausgewiesenen Wälder. Die Karibikinsel verfolgt bereits seit 1998 ein Wiederaufforstungsprogramm mit dem es gelungen ist, die Waldfläche der Insel massiv zu erhöhen. Jährlich sollen 57000 Hektar neu bepflanzt werden. Die bewaldete Fläche des Landes beträgt heute 30,6% (Granma 26.08.2016). Damit ist Kuba eines von zwölf Ländern, die weltweit die meisten Bäume pflanzen. Nach den Worten von Carlos Alberto Díaz Maza, Direktor des Nationalen Forstamtes und Leiter der Nationalen Kommission für die Wiederaufforstung, stünden 60 Prozent der Wälder unter Schutz «und dienen dem Erhalt unserer Küsten, unserer Wassereinzugsgebiete und Böden sowie der Naturschutzgebiete».

Ein besonders schönes Beispiel ist der «Parque Nacional Alejandro Humboldt», – exakt in der betroffenen Region von Baracoa gelegen – mit dessen Mitarbeitenden die Vereinigung Schweiz-Cuba regelmässigen Austausch pflegt, auch während des Unwetters, und so auch aus erster Hand von der aktuellen Situation erfährt.

Warum sind auf Kuba keine Toten zu beklagen?

Der kubanische Katastrophenschutz hat sich auch im Falle von Wirbelsturm Matthew bewährt. Präsident Raúl Castro koordinierte die Vorbereitungen persönlich von Santiago de Cuba aus. Der Zivilschutz (in Kuba «Defensa Civil») ist ein riesiges

Während der Wirbelsturm-Warnstufe wird mit der Evakuierung all jener Menschen begonnen, die in den betroffenen Regionen in weniger sicheren Wohnungen leben. Beim vorangegangenen Wirbelsturm waren das mehr als 600000 Menschen. Noch früher waren es auch schon einmal eine Million. Dies mag als eine fabelhafte Anstrengung erscheinen, was sie zweifellos auch ist, auch wenn ein Teil der Evakuierten nur ein paar Schritte gehen muss, um von Nachbarn aufgenommen zu werden, die über ein sichereres Haus verfügen. Die Solidarität ist der Schlüssel beim Schutz der Bürger, wobei jedoch nichts dem Zufall überlassen wird, denn jede Familie weiss im Voraus, wohin sie sich zu wenden hat. Diese Wohnungen verwandeln sich in improvisierte Lagerstätten, mit Matratzen auf dem Boden und mit Küchentischen, die mit von den aufgenommenen Familien mitgebrachten elektrischen Haushaltsgeräten überstellt sind. Für die Kinder ist dies fast ein Fest und zuweilen auch für die Erwachsenen, die sich mit Domino spielen bei Kerzenlicht die Zeit vertreiben.

Diejenigen, die keinen Platz in Privathäusern finden, werden in jedweder Institution untergebracht, die starken Wind auszuhalten vermag, sei es in Kinos, Schulen, Kulturhäusern, ja sogar im Kapitol von Havanna. Bei ihrem Eintreffen finden die Familien Matratzen, Wasser, Lebensmittel, medizinische Versorgung und alles Notwendige vor, um einige Tage überleben zu können. Nie organisieren sich die Kubaner so gut wie wenn ein Wirbelsturm Kurs auf die Insel nimmt. Den Chefs des Zivilschutzes einer jeden Zone steht alles zur Verfügung, was es in ihrem Gebiet gibt, sie können die Busse und Lastwagen sowie die Baumaschinen und Werkzeuge eines jedweden Betriebes benutzen. Dies ermöglicht ihnen die kollektive Durchführung von Evakuierungen und die Vermeidung von Fahrten in vielen Privatfahrzeugen und daraus folgende Verkehrsstaus, wie das in New Orleans während des Hurrikans «Katrina» geschah.

Schon vor dem Eintreffen von «Matthew» in Kuba war in den vermutlich betroffenen Bereichen mit der Bereitstellung von Lebensmitteln, Dachdeckungen und Elektromasten die Wiederaufbauphase vorbereitet worden. Die Brigaden der Elektrizitätsgesellschaft und Bautrupps wurden in die Zentralprovinzen verlegt, um möglichst nahe zu sein und schneller am möglichen Einsatzort einzutreffen.

Andererseits besitzt die Bürgerschaft bereits eine Art Wirbelsturmkultur, alle Kubaner verfolgen aufmerksam die informativen Verlautbarungen und bringen sich freiwillig von selbst in Sicherheit. Es gibt nur sehr wenige, die es ablehnen, sich an sichere Orte zu begeben. In solchen Fällen setzen die Mitglieder des Zivilschutzes ihre Autorität ein, denn niemandem wird es gestattet, in gefährlichen Wohnungen oder Bereichen zu verbleiben. Vielleicht werden dadurch die individuellen Rechte einiger Weniger verletzt, paradoxerweise derselben Leute, deren Leben gerettet werden soll. Das Erfolgsgeheimnis des kubanischen Zivilschutzes liegt darin begründet,



Ein Hurrikan der Solidarität für Kuba: Die Vereinigung Schweiz-Cuba bittet um Unterstützung ihrer Solidaritätsaktion. Vereinigung Schweiz-Cuba, 3000 Bern Postcheckkonto 30-36190-7 IBAN CH97 0900 0000 3003 6190 7 Vermerk: MATTHEW CUBA www.cuba-si.ch

bei der Stilllegung von Betrieben, der Verlegung von Tausenden von Menschen, der Verpflegung der Obdachlosen und der wirtschaftlichen Lähmung des Landes nicht an die Kosten zu denken. Der Erfolg liegt darin, die Bewahrung des menschlichen Lebens über alles andere zu stellen.

Kuba verschickt keine Rechnungen...

Nochmals Fernando Ravensberg: «In den vergangenen 26 Jahren sind schon so manche Tropenstürme über mich hinweggezogen. Jedes Mal kann ich mein Erstaunen über die vor sich gehenden Veränderungen kaum verbergen. Wie aus dem Nichts heraus bekommen diese langsamen Tropen plötzlich Geschwindigkeit, mit der Präzision eines Schweizer Uhrwerks. Alles wurde minutiös vorbereitet, aber das ändert nichts daran, dass Zehntausende betroffener Kubaner die Solidarität ihrer Mitbürger und der Welt benötigen, um wieder auf die Beine zu kommen und eben nicht bei Null anfangen zu müssen.

Die Kubaner hätten das Recht, Solidarität einzufordern. Sie haben diese bereits der halben Welt geschenkt. An Pakistan nach dem Erdbeben, im Kampf gegen Ebola in Afrika, und sie gaben hunderttausenden Menschen das Augenlicht zurück. Jetzt ist es an der Zeit, ihnen etwas zurückzugeben, ohne darauf zu warten, dass sie danach fragen. Sie werden es nicht tun. Sie sind nicht die Sorte von Leuten, die umhergehen und Rechnungen verschicken.»



Kubanische Gesundheitsbrigade stellt in Anse d' Hainault (Haiti) ein Behandlungszelt auf. Foto Dr. Emanuel Vigil/cubadebate

Zu erwähnen bleibt, dass selbst in dieser eigenen Notlage 38 kubanische Spezialisten für Katastrophenmedizin und Epidemien der internationalen Brigade Henry Reeve ins benachbarte Haiti entsandt wurden. Sie unterstützen die 600 bereits dort arbeitenden kubanischen Ärzte bei der Versorgung der Bevölkerung.

Quelle: amerika21.de (Fernando Ravensberg, Lazarillo, Marcel Kunzmann und Übersetzungen von Klaus E. Lehmann). Samuel Wanitsch ist Koordinator der Vereinigung Schweiz-Cuba und SFB-Sekretariatsmitglied.